

Dolchstoßlegende erfunden und behauptet, er hätte nie an ein Zusammenbrechen der Front geglaubt. Er war ein „ganzer Mann und tapferer Soldat“!

Dann kam der Kapp-Putsch. „Nationale“ Männer vom gleichen Kaliber wie die jetzigen Angeklagten hatten die Beseitigung der Nationalversammlung und der Regierung mit Waffengewalt vorbereitet und verabredet. Ludendorff hatte in der Redaktion der „Eisernen Blätter“ mit Handschlag sich als Befehlshaber der konterrevolutionären Armee zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, den Befehl zum Vorschlagen zu geben. Als die Ehrhardt-Banden in Berlin einrückten, stand er in voller Generalsuniform am Brandenburger Tor. . . . Abot als die Sache schief ging, verschwand er nach Bayern. Um dann vor dem Reichsgericht zu versichern, daß er von allem nichts gewußt! „Ein ganzer Mann und tapferer Soldat“!

Run kommt die Hitlererei. Ludendorff ist die Hoffnung aller Gegenrevolutionäre. Bei ihm fliegen sie aus und ein. Bei ihm halten sie Zwielfprach über die „Wespen von Zion“ und die „Patentlösung“. Am kritischen Abend aber wird er durch die Einladung „überwacht“, ein bischen Revolution spielen zu helfen. Er folgt ganz verwirrt solcher freundlichen Aufforderung und nimmt sofort das Amt des Chefs der Freireiseleitung an. Secht wird durch ihn ersetzt. Sein Siefsohn muß mit seinen Schulkameraden mitspielen. Am anderen Tage läßt er sich „verhaften“. Und heute — war ers gar nicht gewesen! Er „glaubte“ nur, daß alles schon fertig sei, und daß er noch ein bischen mitspielen brauche, um neuen Ruhm zu ernten. Nicht aber, um zu pfeifen. Nein, er bleibt, was er war, ein „ganzer Mann und tapferer Soldat“!

Die Verherrlichung solcher Gesellen durch einen Staatsanwalt ist eine Provokation aller, die an der ruhigen Entwicklung des staatlichen Lebens ihr Bestes sehen. Die Anhimmlung dieser berufsmäßigen Konspiratoren durch den Staatsanwalt kommt fast einer Verheißung gleich, die durch die Anhänger Hitlers und Ludendorffs „gefällt“ worden sind. Sie müßt an wie eine Verheißung all der Opfer, die die Hitlerer vor und an dem 8. November gefordert hat. Sie ist die Vorbedingung um die Stürze dessen, der den Krieg verloren und das Reich seitdem wiederholt in schwerer Weise befehdt hat, weil er nicht imstande war, den Sieg im Felde zu erringen.

Da schmachtet noch immer Fechenbach im Zuchthaus, der auch vor dem Münchener Volksgericht gestanden. Da sitzen in Niederhohenems noch immer Männer, die an selbstloser Hingabe an ein Ideal den Hitler und den Ludendorff um ein vielfaches übertreffen. Wo hat der Staatsanwalt jemals die Reinheit ihrer Gesinnung gepriesen und als mildern den Umstand ins Feld geführt?

Man frage im Zuchthaus zu Sonnenburg an: Dort sitzen noch immer Arbeiter, die am mitteldeutschen Aufstand beteiligt waren, einem Unternehmen, das an Gefährlichkeit bei weitem nicht an das Hitler-Ludendorff-Unternehmen heranreichte. Wo ist der Staatsanwalt, der diesen Arbeitern Reinheit der Gesinnung und ideale Begeisterung mildernd in Rechnung stellt? Und sie hatten doch wohl mehr Grund dazu, unzufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Lage zu sein, als ein Ludendorff, der von der Republik eine fette Pension einsteckt, ohne zu erröten und dabei dem altrömischen Grundsatz huldigt, das Geld nicht über rieche!

Was die Verteidiger nach dem Staatsanwalt reden, ist gleichgültig, nachdem Herr Stenglein, der Anwalt des Staates, sich zum freiwilligen Lobredner der Angeklagten hergegeben. Aber so paradox auch die „Anklagerede“ des Ersten Staatsanwalts zu München schmecken mag: sie ist doch nur ein Widerhall der ganzen völlig ungeseligen Verhandlung vor dem Münchener Volksgericht. Denn nach dem noch immer geltenden Gesetz sind Hochoerratsprozesse vor dem Reichsgericht oder dem besonderen Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu erledigen. Die Tatsache, daß Bayern diese Gerichtshöfe ausschaltete, war schon ein schwerer Verfassungsbruch. Und die Rede des Staatsanwalts setzte nur den Punkt über das verfassungswidrige i, das die ganze bayrische Politik der letzten Jahre darstellt.

Der Goldetat des Reiches.

Reihbetrag trotz Steuerdiktatur.

Soeben wird eine vorläufige Uebersicht über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1924 veröffentlicht. Die Gesamteinnahmen betragen danach 5,71, die Gesamtausgaben 5,27 Milliarden Goldmark. Im ordentlichen Haushalt werden die Einnahmen mit 5,144 Milliarden Goldmark veranschlagt, denen fast eben'so viele Ausgaben gegenüberstehen, nur ein kleiner Ueberschuß von 202 Goldmillionen bleibt übrig. Die Einnahmen setzen sich in erster Linie zusammen aus der Einkommensteuer mit 1,344 und aus der Umsatzsteuer mit 1,200, auf die übrigen Steuern entfallen nur kleinere Beträge. Von der Vermögenssteuer erwartet man lediglich 576 Millionen, von der Körperschaftsteuer 144, von der Grunderwerbsteuer 150 Millionen Goldmark. Insgesamt sollen die sogenannten Besitz- und Verkehrssteuern 4,004 Goldmillionen einbringen. Dazu kommen noch 1,018 Millionen Goldmark aus Zölle und Verbrauchssteuern.

Alles in allem ist also die steuerliche Belastung des Reiches nicht wesentlich größer als im Jahre 1913, wo man den Steuerertrag von Reich, Ländern und Gemeinden mit 4,4 Milliarden Mark veranschlagte. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Gemeinden und die Gemeinden mit den Steuerüberweisungen des Reiches, die sich auf 1,8 Milliarden Goldmark belaufen, nicht auskommen, sondern noch ihrerseits erhebliche eigene Steuern einreiben, so daß die Steuerbelastung ganz bedeutend größer ist als vor dem Kriege.

Bei der Beurteilung der Reichseinnahme fällt von vornherein die starke Belastung des Verbrauches auf. Bezeichnend ist z. B., daß man aus der Erbschaftsteuer nur 30 Millionen Goldmark erwartet.

Unter den Ausgaben des ordentlichen Haushalts nimmt der Kosten Kriegsgeldbeschlagnahme, Militär- und Kriegsvorjorgung mit 810 Millionen Goldmark eine Hauptstelle ein. Hierin sind vor allem die Pensionen für Kriegsgeldbeschlagnahme enthalten. Für Erwerbslosenfürsorge ist eine halbe Milliarde vorgesehen. Sonstige soziale Zwecke wie Invalidenversicherung, Zuschüsse des Reiches für Sozial- und Kleinrentner, Waisenhilfe und Unfallversicherung erfordern insgesamt 360 Millionen Goldmark. Das ist etwas weniger als die Finanzverwaltung für sich beansprucht: die Steuererhebung leistet 380 Millionen Mark.

Die vom Reich für wirtschaftliche Zwecke ausgeworfenen Beiträge nehmen im ordentlichen Haushalt mit 20 Millionen Goldmark nur einen kleinen Raum ein; sie dienen hauptsächlich Kanalbauten. Noch geringer aber wird in dem Deutschen Reich des Kabinetts Marx der Bedarf des Reiches für kulturelle Zwecke veranschlagt. Dafür hat man 8,2 Millionen Goldmark übrig.

Im außerordentlichen Haushalt werden 130 Millionen Mark an Einnahmen erwartet. Demnächst sind für verschiedene Zwecke, so zur Beilegung von Kriegsfolgen, für öffentliche Bauten usw. gegenüberstehen.

Obwohl die Reparationszahlungen eingestellt sind, steht der Reichshaushalt 640 Millionen Mark oder rund 10,50 M. auf dem Kopf der Bevölkerung für Ausführung des Friedensvertrags vor. Es handelt sich dabei in erster Linie um Befugungskosten, die 350 Millionen in Anspruch nehmen, um Aufwendungen zur Befriedigung der Schäden, die deutschen Reichsangehörigen durch die Befugung entstanden sind oder noch entstehen, und ähnliche Ausgaben.

Die ganze Zusammenstellung ist noch kein eigentlicher Etat, sondern eine vorläufige Uebersicht, sie gibt nur ein allgemeines Bild von der Gestaltung der Reichseinnahmen und Ausgaben. Dem vorläufigen Plan bleiben 438 Millionen Goldmark ungedeckt. Diese Feststellung ist wichtig im Hinblick auf die Tatsache, daß die Regierung vor dem Reichstag immer wieder behauptete, durch Abänderungen der Dritten Steuerreformordnung wurde der Reichshaushalt und damit die Währung ersichert. In Wirklichkeit stehen die Dinge so, daß auch der diktorische Erlass der Steuerreform nicht ihrer ausgeprägten Tendenz zur Schonung des Volkseinkommens und zur Befreiung der breiten Masse ein Defizit übrig gelassen hat, das jetzt zehn Tage vor Beginn des neuen Rechnungsjahres, noch nicht beseitigt ist!

Der Justiz-Umsturz.

Preussische Ausführungsbestimmungen zur Emmingererei.

Der preussische Justizminister gibt für den Bereich seiner Verwaltung eine Verordnung des Reichsministers der Justiz bekannt, die auf Grund der Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar d. J. soeben erlassen worden ist. Der Umlische Preussische Justizminister teilt hieraus folgendes mit:

Soweit auf Grund der Vorschriften vom 4. Januar die Strafkammer an Stelle des Schwurgerichts entschieden hat, gelten ihre Urteile im Sinne des § 42 Abs. 3, 4 der zitierten Verordnung als Urteile des Schwurgerichts. Für die Verhandlung und Entscheidung über die Berufung gegen die vor dem 1. April erlassenen Urteile des Schwurgerichts und des Amtsrichters ist die kleine Strafkammer, für die Verhandlungen und Entscheidung über die Berufung gegen die vor dem 1. April erlassenen Urteile des Jugendgerichts ist die große Strafkammer zuständig. Ob und mit welchem Rechtsmittel ein vor dem 1. April erlassenes Urteil des Amtsrichters oder des Schwurgerichts angefochten werden kann, bestimmt sich nach den Vorschriften, die zurzeit der Urteilsverkündung gelten. Diese Verordnung tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft.

Zur Befreiung entstandener Zweifel und im Verfolg einiger neuer Anregungen bestimmt der preussische Justizminister für die dem Präsidenten des Landgerichts obliegende Geschäftsverteilung bei den Amtsgerichten für die Zeit vom 1. April d. J. ab u. a. folgendes:

Als Vorsitzende der Schöffengerichte und als ihre Vertreter sind an erster Stelle diejenigen Amtsgerichtsräte zu verwenden, die zugleich Direktor oder Mitglied bei dem übergeordneten Landgericht sind und bei diesem als planmäßige Beamte gewählt werden. Stehen für ein Schöffengericht mehrere Amtsgerichtsräte der bezeichneten Art zur Verfügung, so bestimmt der Oberlandesgerichtspräsident für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember d. J., wie viele dieser Doppelrichter aus der Gruppe der Landgerichtsdirektoren und wie viele davon aus der Gruppe der Landgerichtsräte als ordentliche Vorsitzende, ferner wie viele von ihnen als stellvertretende Vorsitzende zu verwenden sind.

(Siehe auch Landtagsbericht in der 1. Beilage.)

Der Kampf in der KPD.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet kurz über eine Funktionär-Versammlung der KPD. Groß-Beipziger. Die Leitung wäre nur aus Kommunisten der Linken zusammengekehrt. Dann heißt es wörtlich:

Nach der Wahl wurde der Bericht vom Bezirksparteitag gegeben, an welchen sich eine scharfe Diskussion, die zwischen der Linken und dem Zentrum geführt wurde, angeschlossen. Die Genossen im Zentrum verhielten sich nachmals, durch ihre fallam bekannten Ausführungen für sich zu gewinnen. Sie gaben sich alle Mühe, die Linie, die der Bezirksparteitag mit 23 gegen 4 Stimmen festgelegt hatte, zu durchkreuzen. Es ist ihnen jedoch in keiner Weise gelungen, weder organisatorisch noch ideologisch. Die Mitglieder Groß-Beipziger stellten sich geschlossen gegen eine vorläufige Minderheit auf den Boden der Beschlüsse des Bezirksparteitages. Die Argumentationen der Zentrumsgenossen waren so wenig zündend, daß ein Antrag, bei dem kommenden Reichstags- und Landtagswahlen als Spitzenkandidaten auszuweisen, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde.

Diese Zeiten beweisen, welche schweren Richtungs-kämpfe in der KPD. tobten. Die Leute, die wiederholt nach der Einheitsfront gerufen haben, sie sind in ihrer eigenen Partei in drei Lager gespalten. Und diese drei Heerhaufen führen den schärfsten Krieg untereinander. Und wie verächtlich die „Sächsische Arbeiterzeitung“ von ihren eigenen Parteigenossen spricht. Sie hätten fallam bekannte Ausführungen gemacht. So bekämpft man einen Gegner. Da werden wohl gewisse Größen (wie Paul Böttcher) demnächst fliegen, wenn sie sich nicht noch rechtzeitig ducken.

Wissen auf einen polnischen Konflikt. Auf das Votum des polnischen Botschafters in Wien haben unbekanntes Maß noch mehrere Schüsse abgegeben. Eine Kugel drang in Schloßgimmer des Botschafters ein, ein Zentimeter über dem Kopf in die Wand ein. Das Botschafters bleibt vorläufig geschlossen.

Lassalle und Herr v. Bülow.

Neues aus Lassalles Briefwechsel.

Der bekannte Historiker des Sozialismus, Prof. Dr. Gustav Mayer, dem wir bereits einige Bände bisher unbekannter Lassalle-Briefe verdanken, veröffentlicht in der demnächst erscheinenden Nummer des „Neuen Merkur“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin) den Briefwechsel zwischen Hans v. Bülow und Lassalle, der die Beziehungen zwischen dem großen Klavierdichtenden und dem großen sozialistischen Agitator in interessantester Weise beleuchtet. Beide Männer waren durch enge Freundschaft miteinander verbunden. Doch mehr noch als die persönliche Sympathie füreinander scheint der Gleichklang der Gesinnungen und das gleiche stürmische Temperament sowie das Streben nach beherrschender Stellung — bei dem einen auf dem Gebiete der Kunst, bei dem anderen auf dem der Wissenschaft und der Politik — zum Freundschaftsbund geführt zu haben. Wie Bülow, der sich selbst gern in seinen Briefen als „Musikproletarier“ bezeichnet, zu Lassalle stand, geht aus keinem Brief vom 27. Juni 1863 hervor. Er schreibt dort u. a.:

„Sollte es mir nicht mehr vergönnt sein, Sie persönlich zu begrüßen, so leben Sie wohl, stärken und kräftigen Sie sich zu freudigem Kampfe. Meine Gedanken sind bei irgendwelcher Mühe mit Ihnen beschäftigt: sympathischste Wünsche, eng verknüpft mit sicherer Hoffnung in deren Erfüllung. Denn an Ihre Mission glaube ich!“

Wenn wir uns in Berlin wiedersehen, so leben Sie mich im Ansehen meiner künstlerischen Nachentwicklung freudig tätig und geneigt für Freunde (also ohne philisterhaftes „contentement“) oder anderswo ein andermal.

Aber überall und immer verbleibe ich Ihr aufrichtigster Bewunderer und Anhänger.“

Brachtvoll ist der Brief, den Lassalle am 1. November 1863, unmittelbar nachdem Bülow als Dirigent der Neuen Sinfonie einen großen Erfolg in Berlin errungen hatte, an den Künstler richtete:

„Noch unter dem Eindruck der gestrigen Tonmassenschlacht, Heil und Glückwunsch dem Massenführer!“

Sie haben einen großen Sieg errungen und er wird langdauernde, fertwirkende Folgen haben!

Und wie Sie da standen, Schlachtenlenker, ein Diktator der Töne, deren brausende, hochauflauchende Wogen auf Ihren tiefsten Takt geschmeidig zu Ihren Füßen sich schmiegen! Ich begreife jetzt erst vollständig die Mut und Erbitterung, mit der Sie dieses Ziel verfolgten.

Die Neunte Sinfonie bleibt übrigens der größte Schicksalsplan, den Sie entwerfen konnten!

Gestatten Sie mir den kurzen Ausdruck dieser sympathischen Stimmung.“

Die Stimmungen und Anschauungen der beiden Freunde werden von den nachfolgenden Briefen, die in die Zeit der großen Agitationsreisen Lassalles im Rheinland fallen, in interessanter Weise beleuchtet. Am 27. August schreibt Lassalle aus Ostende u. a.:

„Ich wohne hier im Cercle des Boins, einer Art Dependence vom Kurhaus. Unter mir daher ein hellerleuchteter Kurpark, helle Töne drinnen heraus. Glücklich Menschen spielen Piano, andere glückliche Menschen tanzen. Es sind auch schöne Weiber darunter. Ich aber sitze, nachdem ich einmal schlüpfig durch den Saal gelaufen, hier oben in meinem Zimmer bei dem melancholischen Geräusch der Wellen, die sich soft bei an die Schwelle des Hauses wälzen, mich melancholischen Gedanken hingebend! Der Teufel, das Glück ist auch für unferne gar nicht da, und es ist dummes Zeug, sich darüber zu beschweren oder auch nur darüber nachzudenken! Wägen sie also immerhin tanzen!“

Ende September werde ich zwar nicht Glück, aber doch Aufregung haben. Am 20. September gebe ich nach Düsseldorf ab. Ich will in Düsseldorf, Solingen, Uckerfeld, Wermes, Köln Volksversammlungen halten und mich da in schonungslosster Weise über die verschiedenen Scheuchlichkeiten der letzten Monate auslassen. Freilich denke ich nicht daran, dies Thema zu erschöpfen — da müßt ich sieben Jahre sprechen —, bloß ganz kurz berühren will ich es, aber unerschöpflich so wie ein glühendes Eisen einen menschlichen Körper. Man schreibt mir vom Rhein, der Zukunft werde außerordentlich sein. Gut! Ich werde leben, was ich machen kann. Wenn ich nur einen Teil der Mut loslassen könnte, die ich in meiner Seele habe, so fangen nicht nur die Menschen, sondern auch die Gebäude zu brennen.

Die Leute da unten spielen und tanzen noch immer! Ich möchte wissen, wer von uns beiden dümmere ist, die oder ich. Bei Platte befehen sind wir beide gleich dumm. Aber meine Weise ist die unbedenklichere!“

In seiner Antwort vom 30. August aus Berlin schreibt Bülow: „Aun reinigen Sie wieder einmal die Luft am Rhein. Sie Duplex Klavius und Tonant! Ich freue mich herzlich auf den Werraß Ihrer Stimme! Die Zeitungen werden freilich den Wirbeln in eine Wirbelle vermonden. Was tun?“

Ich bin voll guter Hoffnung. Wenn man guter Hoffnung ist, hat man ein etwas kindliches Gepräge! Aber ich denke, wir beide werden uns 1854 zum alten und damit zum neuen Jahre gegenseitig in keinem Reiche zu gratulieren haben! Wir wollen den anderen zum Tanze aufspielen, aber sie sollen tanzen noch unserer Pflanze und so lange als es uns gefällt, d. h. jusqu'à ce que mort s'ensuive!“ — der Länger!

Vor allem bleiben Sie gesund, Sie zottlicher Germane, Sie Antichronismus des 19. Jahrhunderts!“

Der Wunsch Bülowes ging nicht in Erfüllung. Genau ein Jahr, nach dem er diesen Brief geschrieben hatte, am 31. August 1864, fiel Lassalle, von der mährischen Kugel des rumänischen Sejarzen Racowitza.

U. St.

*) d. h. bis der Tod eintritt.

Seelengröße.

Mark Twain hat einmal der deutschen Sprache vorgeworfen, es mangle ihr an Energie, an kurzer, knapper Bestimmtheit, und er hat demgegenüber auf sein Englisch verwiesen, das alle diese lobliche Eigenschaften in reichem Maße besitze. So wäre z. B. schon das simple Wort „toothbrush“ (sprich Tuschbrusch) — Zahnbürste von einer imposanten Würde, der unsere Sprache nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen könne. — Das hat er tatsächlich gesagt, und Adolf Bartels hat ihn dafür mit einer jüdischen Großmutter bestraft.

Aber abgesehen davon, belehrt auch uns Seiten jeder Tag von neuem, daß Mark Twain die deutsche Seele gründlich verkannt hat, wenn er ihr die Fähigkeit zur Konzentrierung des Wortes abspricht. Da ist z. B. Adolf Hitler in München, der Mann, der Weltgeschicht: macht und deshalb später in die Weltgeschichte und die Geschichte für höhere deutsche Bekanntheit eingehen wird.

Dieser deutsche Mann nun spricht in der größten völkischen Stunde unseres Jahrhunderts, an der Schwelle zur Unsterblichkeit, das ist das Wort: „So ist mir a Mafi!“

Das nennt ich Stil. Das heißt, einem ganzen Volk aus dem Herzen sprechen. Das Wort bringt in fabelhafter Prägnanz den ganzen leidenschaftlichen Kern einer Feuerrede zum Ausdruck.

Keine Phrasen in solchen historischen Augenblicken! Nur das Menschliche behält Recht. So ein Luther polkaut: „Hier sehe ich, ich kann nicht anders.“ Goethe fabuliert auf dem Sterbebette: „Wehe Mich!“ Was soll sich der einfache Mann aus dem Völkischen darunter vorstellen?

Aber da kommt Hitler und tut mit dem einen Keinen Worte „dem Größten seiner Zeit genau.“

Und wir dürfen sagen, wir sind dabei gewesen.

Hans Wesemann.

Die fährerlose Bahn, die niemals hält. Ein Bahn, die niemals hält und weder Führer noch Schaffner braucht, wird auf der Britischen Reichsausstellung zu London gezeigt werden. Dieses neue, von den Engländern William Dorah Lewis und B. A. Williams konstruierte Beförderungsmittel kann für den Straßenverkehr der Zukunft in großen Städten sehr wichtig werden. Das Stützmittel beruht darauf, daß die Wagen ohne Lokomotive und ohne Führer und Schaffner rein automatisch veranlaßt gerieben werden, und zwar wird das dadurch erreicht, daß die Wagen mit Treibrollern ausgestattet sind, die auf einer unterhalb der Schienen angebrachten Spirale laufen. Die Spirale befindet sich in ständiger Umdrehung und bewegt auf diese Weise die Wagen fort. In beiden Seiten jeder Station ist die Öffnung der Spirale auf eine kurze Strecke hin verengt. Infolgedessen wird die Geschwindigkeit der Wagen in der Nähe der Station verringert; die einzelnen Wagen, die auf der Linie laufen, können sich zusammen und fahren geschlossen ganz langsam durch die Station. Die Fahrkräfte können dann leicht aussteigen und einsteigen, da die Wagen auf der Erde noch dem Bahnhofs zu verbleiben offen sind. Sobald die Station verlassen wird, fahren die Wagen von selbst wieder auseinander und setzen ihren Weg mit beschleunigter Geschwindigkeit fort. Die Spirale wird durch einen elektrischen Motor angetrieben.

Blutige Zusammenstöße in Hamburg.

Hamburg, 21. März. (WZB.) Hier versuchten abends gegen 7 Uhr die bis vierhundert Teilnehmer einer kommunistischen Versammlung in geschlossener Zug nach der Innenstadt zu ziehen. Als sich in der Alster Straße Polizeibeamten der Menge entgegenstellten, wurden sie heftig bedrängt, so daß sie von der Waffe Gebrauch machten. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter, wie bisher festgestellt wurde, ein Polizist durch Dauchschuß. Zur Verstärkung herangezogene grüne Polizei verjagte die Demonstranten.

Wilde Streikparole.

Hamburg, 21. März. (WZB.) Zu den heute hier kursierenden Gerüchten über einen bevorstehenden Generalstreik schreibt das „Hamburger Echo“: „Unorganisierte und kommunistische Elemente sind immer noch mit Eifer am Werke, einen Generalstreik in dem gesamten Wirtschaftsgebiet Hamburgs in Gang zu bringen. Eine Donnerstag nachmittag von der sog. oppositionellen Streikleitung einberufene wilde Versammlung von Hafen- und Werftarbeitern beschloß, den Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes abzusehen. Weiter beabsichtigt man heute abend eine Demonstration zu veranstalten und den Ortsausschuß während der Delegiertenversammlung zu zwingen, die nötigen Maßnahmen für die Einleitung des Generalstreiks zu ergreifen.“ Das „Hamburger Echo“ teilt endlich mit, daß von einem Streikbeschluß der Seeleute nicht die Rede sein könne, nicht einmal die unorganisierten Seeleute oder der radikale Seemannsbund hätten einen direkten Beschluß, der sich für den Streik ausdrücke, gefaßt.

Mordversuche an Kahr.

Aburteilung in München.

München, 21. März. (WZB.) Vor dem Landgericht München I kamen heute zwei getrennte Fälle zur Aburteilung, in denen die Angeklagten nach dem Leben Kahr's trachteten. Im ersten Falle handelte es sich um den Kellerer Karl Gruber aus Abfah bei Bogen, den Buchhalter Richard Seidl aus Dresden und den Bergbeamten Otto Klemm, alles Leute Anfang der zwanziger Jahre. Der Anschlag sollte ähnlich wie der auf Rathenau ausgeführt werden. Am 10. Januar wurde das Komplott aufgedeckt. Das Urteil lautete für Seidl auf ein Jahr Zuchthaus abzüglich von zwei Monaten für ihn Tagen Untersuchungshaft. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

In dem anderen Falle handelte es sich um den 26 Jahre alten Filmschauspieler Walter Barthel aus Dresden und den 21jährigen Schuhmacher Friedrich Holzinger aus Halbbhof, beider Nationalsozialisten. Das Gericht erkannte in diesem Fall auf Freisprechung der beiden Angeklagten.

Das Fremgericht im Freikorps Oberland.

Die Ausbeugung der Untersuchung auf Dr. Ruge.

Nelke, 21. März. (B. S.) Das Verfahren gegen das frühere Mitglied des Freikorps Oberland, den handlungsgehilfen Baer aus Berlin, wegen Ermordung eines angeblichen Feldwebels Samson im Walde bei Jegenhals in Schlesien ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Meldungen über die der Anklage zugrundeliegenden Vorgänge haben bekanntlich seinerzeit außerordentliches Aufsehen erregt. Danach handelte es sich um ein Fremgericht der Oberländer, die in den Kämpfen in Oberschlesien gegen die Polen eingesetzt waren, über den angeblich der Spießfeld verdächtige Samson, der zum Tode verurteilt und erschossen wurde. In dieser Geschichte war auch Baer beteiligt, der später im Hinblick auf die fast unheimliche Stimmung im Freikorps Oberland als Mitwisser der Befehlsgabe Samsons für sein Leben fürchtete und schließlich den Behörden von dem Tatmittel machte. Baer wurde dann verhaftet und gegen ihn eine Untersuchung wegen Mordes eingeleitet. Inzwischen ist das Verfahren bekanntlich auch auf den sogenannten deutschschlesischen Privatdozenten Dr. Ruge aus Heidelberg, der sich im Freikorps Oberland Berger nannte und auf den Kampagnenführer Baers, den Hauptmann Kiefer, sowie auf eine Reihe weiterer Mitglieder des Freikorps Oberland, die an dem angeblichen Standgericht über Samson beteiligt gewesen sein sollen,

Einschließung des Ländlagers in Sachen Kunsthochschule. Der Landtag hat in seiner gestrigen Ausschlußsitzung beschlossen, daß der Weiterführung der Arbeiten zur Zusammenlegung der Kunstgewerbeschule mit der Charlottenburger Hochschule eine Kommission zuzusetzen soll, die aus der Vertretung der Akademie der Künste, der Hochschule sowie der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums bestehen soll und die vom Ministerium angeordnet werden muß. Damit sind die Wünsche der Kunstlerchaft nach Mitwirkung bei diesen Fragen erfüllt und weitere Maßnahmen des Ministeriums einstweilen inhibiert.

Mond und Wetter. Der Glaube, daß zwischen der Bitterung und den Wendepunkten ein Zusammenhang bestehe, wurzelt immer noch in den breitesten Schichten des Volkes. An dieser Anschauung haben auch alle Vestrübungen, die dahingehen, die breite Masse mit den Grundprinzipien der meteorologischen Wissenschaft vertraut zu machen, bisher nur wenig ändern können. Schuld daran trägt wohl hauptsächlich die falsche Theorie von den kritischen Tagen, für die der verstorbenen Halb in den letzten zehn Jahren des vorigen Jahrhunderts eine ungemein rührige Propaganda zu machen gewohnt hat. Mit diesem alten Aberglauben rechnet in der „Umlchau“ der bekannte Meteorologe Dr. H. Baur-St. Blasien ab. Er führt aus, daß die unmittelbare, sinnliche Wahrnehmung den Menschen schon in den frühesten Zeiten auf die Sonne als Ursache der täglichen und jährlichen Schwankung der Witterungserscheinungen hingewiesen habe. Es ist daher sehr begründlich, daß man auch dem Scheinbar fast ebenso großen Mond einen Einfluß auf das Wetter zugeschrieben hat. Dabei kommen einige meteorologische und astronomische Tatsachen in Verbindung mit psychologischen Momenten dem Gedanken sehr entgegen, zwischen Mond und Wetter einen Zusammenhang zu konstruieren. So ist z. B. die weitverbreitete Regel, daß der zunehmende Mond schönes Wetter bringe, wohl darauf zurückzuführen, daß der zunehmende Mond vor Mitternacht am Himmel steht und daher bei schönem Wetter von allen Menschen wahrgenommen werden kann. Wenn aber bei abnehmendem Mond schönes Wetter ist — und das kommt ganz ebenso häufig vor —, dann merkt es außer den Meteorologen und Astronomen niemand, weil die übrigen Menschen dem Himmel nach Mitternacht keine Beachtung schenken. Ähnlich stellt es sich mit der Vermutung, der Mond löse die Wolken auf. Sie gründet sich auf die durch die Aufziehungen der Witterung von bewolkten und physikalisch durchaus erklärbar Tatsache, daß in den Abendstunden eine Neigung zur Auflösung der Bewölkung besteht. Diese Neigung ist, von gewissen unabhängigen vom Mond einleitenden Störungen abgesehen, ganz allgemein vorhanden. Wenn jedoch der Mond am Himmel steht, so ist es ungemein einflussreich, kein Licht durch die Wolken durchbrechen und allmähliche Auflösung eintreten zu lassen, während die meisten Menschen die scheinbare Auflösung des Himmels in mondloser Nacht übersehen.

Das Berliner Philharmonische Orchester wird im April unter Leitung von Edwin Richter eine größere Reise antreten. Zunächst wird es der Gegend einziehen und die dortigen Städte besuchen, dann wird es im letzten Gebiete konsertieren und von da für einige Konzerte nach München fahren. Hieran anschließend werden sich die Künstler nach der Schweiz begeben.

ausgedehnt worden. Ueber die Persönlichkeit des im Walde bei Jegenhals erschossenen Samson fehlen noch immer nähere Einzelheiten. Bekanntlich besteht Grund zu der Annahme, daß Samson nicht der richtige Name des Toten war. Jemandem Angehörige konnten bisher nicht ermittelt werden. Erst neuerdings hat sich in Gölzig bei den Behörden eine Frau gemeldet, die behauptete, daß sie nähere Angaben über die Person des erschossenen Samson machen könne. Ihre Bekundungen werden jetzt nachgeprüft. Im übrigen läßt sich der Abschluß des Verfahrens gegen Baer, Ruge und die übrigen Oberländer zurzeit noch immer nicht absehen.

Die deutschen Altkinesen.

Oder Sorgen der III.

Genosse Dr. Paul Nathan hatte sich seinerzeit beim thüringischen Landtagsabgeordneten Genossen Kieß für die Zulassung eines Herrn Rudner aus Wina zum Studium der Naturwissenschaften an der Universität Jena verwendet. Der Brief gelangte merkwürdigerweise nicht an Genossen Kieß, sondern an die thüringische Filiale der Telegraphen-Union, die nichts Geringeres zu tun hatte, als ihn der Presse zu übermitteln.

Die Veröffentlichung ist an sich für niemand kompromittierend, sie ist lediglich erfolgt, um der Hebe gegen die Zulassung von Ausländern an deutschen Universitäten Vorstoß zu leisten. Sie entspricht der Tendenz eines bornierten Fremdenhasses, der für den nationalen Vorbehalt einer proletarischen Ausübung der deutschen Wissenschaft durch das Ausland kein Verständnis besitzt. Der Abdruck von Privatbriefen kann zur Not gerechtfertigt werden, wo es sich um die Aufdeckung schreiender Mißstände handelt, davon kann aber hier nicht die Rede sein. Somit charakterisiert sich das Vorgehen des Schwerindustriellen Telegraphenbureaus als eine journalistische Unanständigkeit, die durch den Stumpfsinn der mit ihm verfolgten Absicht nur erklärt, aber in keiner Weise entschuldigt werden kann.

Der „Fortschritt“ in Thüringen.

Aufhebung der Kreisfreiheit der Städte.

Weimar, 21. März. (Z.) Durch die neue Regierung wird durch ein Gesetz die Kreisfreiheit der größeren Städte Thüringens wieder beseitigt und diese wieder den Kreisdirektoren unterstellt werden. Mit dieser Maßregel werden auch die Befugnisse der Kreisräte teilweise eingeschränkt. Gegen die neue Bestimmung wenden sich die thüringische Städteverband sowie die Linksparteien und führen scharfe Opposition an.

Auslegung der Stimmlisten

für die Reichstags- und Gemeindevahlen gemeinsam.

Der Reichsminister des Innern hat allgemein bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmlisten für die Reichstagswahl vom 6. bis 13. April 1924 auszulegen sind. In Preußen finden die Reichstagswahlen an dem gleichen Tage statt, der gesetzlich für die Gemeindevahlen bestimmt ist. Für beide Wahlen sollen dieselben Stimmlisten und Stimmlisten benutzt werden. Da die Auslegungsfrist für die Gemeindevahlen nach den gesetzlichen Vorschriften spätestens am 30. März beginnen muß und zwei Wochen dauert, hat sich, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Reichsminister des Innern damit einverstanden erklärt, daß die Auslegungsfrist für die Gemeindevahlen auch für die Reichstagswahl gilt. Mitin ist für beide Wahlen in Preußen vom Minister des Innern eine einheitliche vierzehntägige Auslegungsfrist angedreht, die am 30. März beginnt und am 12. April endet.

Das Stimmrecht der Ausgewiesenen.

Durch Verordnung vom 17. März, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 22, hat der Reichsminister des Innern für die Reichstagswahl angeordnet, daß Stimmfähige, die aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Befehlsgewalt verdrängt sind, auf Antrag in die Stimmliste ihres gegenwärtigen Aufenthaltsortes einzutragen sind. Erfolgt die Ausweisung oder Verdrängung erst nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Stimmliste, so erhält der Ausgewiesene oder Verdrängte von der Gemeindebehörde seines neuen Aufenthaltsortes auf Antrag einen Stimmschein, der ihn zur Teilnahme an der Reichstagswahl berechtigt. In Preußen erhalten Ausgewiesene oder Verdrängte mit Rücksicht auf die Bestimmungen des preussischen Wahlrechts, das in solchen Fällen nur die Ausstellung eines Stimmscheins kennt, auch für die Reichstagswahl in allen Fällen, also auch bei Antragstellung vor Ablauf der Auslegungsfrist, einen Stimmschein.

Reichspräsident und Parteimann.

Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ hat in ihrer Nummer vom 18. d. M. in einer Kritik „Reichspräsident und Parteimann“ mitgeteilt, daß der Reichspräsident für Kinderbesetzungen in Kiel 500 Dollar gespendet habe, und daran die Bemerkung geknüpft, daß im Hinblick auf den in Kiel ausgebrochenen Wirtschaftskampf diese Spende ein Zuschuß an die Ausgesperrten und ein Eingreifen der kraft seiner Stellung zu vollkommenster Unparteilichkeit verpflichteten Gewalt in den Wirtschaftskampf sei. Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, ist diese Behauptung un wahr: der Reichspräsident hat für Kiel nicht 500 Dollar gespendet; die ihm für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellten Mittel verwendet der Reichspräsident selbstverständlich zur Abwendung materieller Not ohne Rücksicht auf politische Erwägungen irgendwelcher Art.

Kommunisten und Separatisten.

Saarbrücken, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) In der hiesigen Walfisch-Bücherei, in der auch das hiesige Separatistenorgan „Der Saarländer“ hergestellt wird, werden, wie nunmehr zum allgemeinen Erfahren bekannt wird, die Flugblätter für den Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen gedruckt. Der Streik wird bekanntlich gegen den Willen der Gewerkschaften geführt. Die Flugblätter werden von Saarbrücken durch das kommunistische Arbeiterbureau nach Reunfischen zu dem kommunistischen Sekretär Josef Schmidt, von wo aus sie nach Speyer zu einem gewissen Monker, Steinmetzstraße, durch einen Joseph von und Wirtsch gebracht werden.

Frauenwahlrecht in der Türkei.

Paris, 21. März. (WZB.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung geäuert den Frauen das Stimmrecht gewährt. Wie das Blatt weiter aus Konstantinopel berichtet, wird das Alkoholverbot demnächst aufgehoben. Bier und Wein dürfen bereits wieder verkauft werden. Die Trammittelproduktion wird von der Regierung kontrolliert werden. Nach einer Erklärung des Finanzministers ist die Reaktierung im Prinzip für die Einführung des Zigarettenmonopols.

Deutsche Vertreter vor dem Dawes-Ausschuß

Paris, 21. März. (WZB.) Staatssekretär Fischer, Ministerialdirektor Dr. Poppe und Geheimrat Kahl vom Reichsfinanzministerium hatten heute nachmittags eine Besprechung mit dem Budgetunterschuß des Komitees Dawes. Es wurden im Anschluß an Besprechungen mit den Sachverständigen in Berlin und in der Zwischenzeit aufgetretene Fragen die Einnahmen- und die Ausgabenseite des deutschen Haushalts und die Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb eines kommenden Zeitabschnitts erörtert.

Sorgenvolle Betrachtungen des „Temps“.

Paris, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ nimmt am Freitag in einem in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerten Artikel zu dem Problem der Reparationen und der französischen Sicherheit in einer Weise Stellung, die als ein deutliches Symptom dafür angesprochen werden darf, daß der Widerspruch gegen die Voincaré'sche Politik auch in Frankreich selbst immer weitere Kreise erfaßt. Das Blatt läßt einleitend scharfe Kritik daran, daß die französische Regierung den Arbeiten der Sachverständigenkommission vollkommen gleichgültig gegenüberzustehen scheint. Nicht nur, daß sie in keiner Weise versucht habe, auf die Beratungen irgendwelchen Einfluß auszuüben, sondern sie auch die Schwierigkeiten, auf die die Verhandlungen gestoßen seien und die von der Öffentlichkeit mit Ungebuld verfolgt werden, in keiner Weise zu interessieren. Das einschneidendste Ergebnis der von den Sachverständigen durchgeführten Enquete werde sein, daß sie unfehlbar, sei es direkt oder auf Umwegen, zu einer neuen Festsetzung der deutschen Gesamtschuld führen müsse. Das aber bedinge, daß die Gläubiger Deutschlands sich über die Verteilung der zu erwartenden Zahlungen sowie über die Regelung der gegenseitigen Schulden im voraus verständigen. Denn man dürfe sich keiner Illusion hingeben, daß, wenn die Experten in dieser Frage zu einem einstimmigen Beschluß gelangen werden, ihre Vorschläge ein nahezu unangreifbares Bollwerk bilden würden, das jede Regierung, die dagegen anzutreten versuche, vor der ganzen Welt ins Unrecht setzen müsse. Frankreich habe deshalb das allerdingendste Interesse, endgültig zu berichten, was es an England zu bezahlen haben werde. Denn die Regelung des Reparationsproblems und dasjenige der interalliierten Schulden seien untrennbar voneinander. Deutschland habe von einer Diskussion dieser Art nicht mehr viel zu befürchten, da es die von den Sachverständigen genannte Zahl für das Maximum dessen ansehen wird, was man von ihm zu fordern berechtigt sei. Diese Zahl müsse der französischen Regierung die Notwendigkeit vor Augen führen, so rasch wie möglich mit den beteiligten Regierungen in direkte Verhandlungen zu treten, mit England über die Regelung der interalliierten Schulden, mit Deutschland über die Möglichkeit der Aufbringung der Reparationen und die Modalitäten ihrer Bezahlung.

Zu der Frage der Sicherheit meint das Blatt, die Befriedigung Europas könne nicht ausschließlich dadurch gesichert werden, daß man Vorsichtsmaßnahmen gegen Deutschland treffe, man müsse weitergehen. Die Sicherheitsvorkehrungen müßten durch Maßnahmen ergänzt werden, die zur Beruhigung beitragen. Mit anderen Worten, man müßte den Weg der Gegenseitigkeit und der Solidarität zur Geltung bringen. Das aber sei nur möglich durch einen innerhalb des von Völkern und gebotenen Rahmens zwischen Deutschland und allen seinen Nachbarn — England und Italien — abzuschließenden Vertrag, der die Kontonanten verpflichte, sich gegenseitig nicht anzugreifen.

Salandra für den Faschismus.

Mailand, 21. März. (Z.) Der frühere Minister Salandra hielt im Scala-Theater gestern eine große Wahlrede, in der er die Notwendigkeit der Solidarität der Liberalen mit dem Faschismus im Interesse der Verfassung und der italienischen Freiheit gegen alle schädlichen Einflüsse darlegte. Mussolini müsse als der wahre „Herzog“ der Italiener angesehen werden, der niemandem anderen diene als dem Vaterlande. Die Rede Salandra wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Presse betont die außerordentliche Bedeutung gerade dieser Rede für den weiteren Verlauf des Wahlkampfes.

Faschistische Wahlfritten.

Mailand, 21. März. (Z.) Im neapolitanischen Vorort Corgo Serezo ist von den Faschisten ein sozialistisches Vereinslokal verhaftet und in Brand gesetzt worden. Aus Perugia berichten die Blätter von der Verhaftung eines katholischen Vereinslokals.

Mussolini fährt nicht nach London.

Rom, 21. März. (Z.) Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht eine Note, in der mitgeteilt wird, daß infolge der Öffnung der neuen Kammer Mussolini das italienische Königspar auf seiner Reise nach London nicht begleiten kann. (Wahrscheinlich wurde ihm zu verstehen gegeben, daß MacDonald auf eine solche Begegnung gern verzichten würde. Red. d. „Z.“)

England, Rußland, China.

London, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) In den Verhandlungen mit der Uty hat der Sowjetvertreter Rakowski die Schaffung einer Anleihe erwartet, von der im ersten Jahre 20 000, im zweiten 30 000 und im dritten 40 000 Pfund Rußland ausgezahlt werden sollten. Daran knüpfte sich jedoch die Bedingung, daß Rußland sämtliche ihm zustehenden Rechte und Privilegien, betreffend die ostchinesische Eisenbahn auf England übertragen solle. Infolge der Nichtratifikation des russisch-chinesischen Vertrages ist auch die englische Anleihe hinfällig geworden. Dies erklärt die Nervosität Sowjetrußlands im Konflikt mit China.

Moskau, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Krasin erklärte in seiner Rede in Charkow, daß die Sowjetregierung im Falle des Nichtzustandkommens der erwarteten Auslandsanleihe nicht daran denken würde, die Vorkriegsschulden, sowie die Forderungen ausländischer Privatmänner anzuerkennen und die nationalisierten Vermögens zurückzuerhalten. Die russische Anerkennung habe für Rußland nur den Sinn, daß sie die Erlangung von Krediten erleichtern solle.

Petroleumaktien für Wahlpropaganda.

New York, 21. März. (Z.) Der mit der Aufhebung des Petroleumstandals beauftragte Ausschuß hat festgestellt, daß Sinclair nach Erlangung der Petroleumkonzession des Teapot Dome 75 000 Aktien, die einen Wert von 350 000 Pfund Sterling ausmachten, der republikanischen Partei zum Zwecke der Wahlpropaganda zur Verfügung stellte.

Labour Party und D.S. Auf Einladung der englischen Labour Party haben sich die Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei (P.S.P.), Abgeordneter Riedzickowski und Juliaowski, nach London begeben, um sich über die laufenden Parteiverhandlungen zu verständigen.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Achtstundentag im Baugewerbe.

Erneute zentrale Verhandlungen wiederum gescheitert.

Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums fanden am 20. März zum wiederholten Male Verhandlungen über die Arbeitszeit und Erneuerung des am 31. März ablaufenden Reichsarbeitsvertrages für das Baugewerbe statt. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen wiesen darauf hin, daß die Gründe für die Ablehnung der Arbeitszeitverlängerung und der sonstigen Forderungen der Unternehmer zum Tarifvertrag heute genau so gegeben seien wie vor Wochen. Die Arbeitslosigkeit sei noch unverändert groß und die Verhältnisse auf dem Bauplatz mehr als schlecht. Auf dem Rücken der Arbeiterschaft allein könne die Produktion nicht gefördert werden, auch nicht durch Zwang. Dem Arbeitsministerium sei ernstlich anzuraten, von einem amtlichen Eingreifen Abstand zu nehmen. Die Praxis des Arbeitsministeriums und seiner Vertreter, gegen den Willen der Arbeiter durch Zwangsverträge die Arbeitszeit zu verlängern, würde als jeder geschlichen Unterlage entbehrend scharf verurteilt.

Oberregierungsrat Mäves, als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, machte nach Sonderberatung mit den Unternehmern den Vorschlag, daß der Reichsarbeitsvertrag, ausgenommen die Arbeitszeitbestimmung, unverändert bis 15. Mai weiterbestehen solle. Ueber die Arbeitszeit solle eine Zwischenregelung getroffen werden, befristet bis zum 15. Mai 1924. Darüber und über den neuen Reichsarbeitsvertrag sollten sofort Verhandlungen beginnen. — Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitnehmer diesem Vorschlag nicht zustimmen konnten. Der Vertrag ohne Arbeitszeitbestimmung, ohne den Achtstundentag, entbehrt des Rückgrats. Die Arbeiterverbände geben dem Sinn nach folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Arbeiterorganisationen stimmen der Verlängerung des Reichsarbeitsvertrages bis . . . zu, unter der Bedingung, daß der Tarifvertrag in vollem Umfang gilt, wie er vor der Kündigung der §§ 3 und 5 bestanden hat. Im übrigen sind wir bereit, über die Neuordnung des Reichsarbeitsvertrages in baldige Verhandlungen einzutreten.

Darauf gingen die Unternehmer nicht ein. Die Verhandlungen waren damit beendet. Was die nächsten Tage und Wochen bringen, ist nicht zu übersehen. Die Bauarbeiter werden ihre Kräfte sammeln und stark halten müssen. Sowie aber kann bestimmt gesagt werden, es bleibt dabei, was der Bundesrat der Deutschen Bauergewerkschaft auf seiner Federartagung beschlossen hat: Ohne Anerkennung des Achtstundentages gibt es mit den Bauarbeitern keinen Tarifvertrag.

Bei dieser Gelegenheit ist zu berichten, daß die in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 18. März unter der Überschrift „Es bleibt beim Achtstundentag“ mitgeteilte Arbeitszeiterklärung für das Baugewerbe nicht mit den Arbeiterorganisationen, sondern mit dem Bund technischer Angestellten getroffen wurde.

Graphische Arbeiter und Arbeiterinnen!

Innerhalb der einzelnen Organisationen machen sich in letzter Zeit Bestrebungen bemerkbar, die darauf abzielen lassen, daß man die idealen Richtungskämpfe nur als Vorwand benützt, um eine organisatorische Abspaltung herbeizuführen. Diesem die Arbeiterschaft schädigenden Treiben können wir nicht länger tatenlos zusehen. Aus diesem Grunde richten wir diesen warnenden Aufruf an die gesamte graphische Arbeiterschaft, damit der einzelne wie die Gesamtheit vor weiterem Schaden bewahrt bleibt.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist jedem Mitglied Bekanntheit gegeben, in freier Meinungsäußerung über alle kritischen Fragen zu diskutieren und die Mehrheit zu überzeugen, daß der ausgezeigte Weg der sei, den die Bewegung im Interesse der Gesamtheit gehen muß. Dies war in der westeuropäischen Arbeiterbewegung schon seit jeher Brauch. Die gesunde Auffassung, daß nur in der Zusammenfassung aller Kräfte in einer Organisation der Sieg der Arbeiter verbürgt ist, brachte schließlich das Aufblühen der Gewerkschaften. Die geschlossene Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist die unerlässliche Voraussetzung für die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder wirksam zu vertreten. Aus diesen Gründen setzt sich jeder ins Unrecht, der keine Organisation scharfentschlossen verläßt, um außerhalb den Kampf um die Richtung fortzusetzen; durch solches Beginnen wird die Gesamtheit schwer geschädigt und die Richtung dennoch nicht geändert.

Seht ist man dabei,

parteilichster Ziele wegen die Einheit und damit die Macht und die Kraft der Organisationen zu zerlegen

und noch dazu in einer Zeit, wo die Geschlossenheit der Arbeiterschaft so bitter notwendig ist. Diesen unheilvollen Weg haben innerhalb des Graphischen Gewerbes die Gabel und Genossen beschritten, indem sie eine neue Organisation unter dem Namen „Verband der Buchbinder und verwandten Berufe der Papier verarbeitenden Industrie“ gründeten. Das beweist, daß es den Gabel und Genossen nicht darauf ankommt, die Meinungen zu klären, um der Gesamtheit zu nützen, sondern nur in verbildeter Eigenart ihren eigenen Schaden auszumachen und in der wirtschaftlichen Organisation engste Parteilichkeit zu treiben.

Durch das Firmenschild versuchen sie den Eindruck zu erwecken, als ob ihre Organisation den von uns allen gewünschten Industrieverband darstellt. Der Graphische Einheitsverband wird aber nicht dadurch geschaffen, daß man eine Organisation zerlegt und dann ein großes Schild: „Hier Industrie-Organisation“, aushängt; diese Organisation kann und wird nur geschaffen werden durch die geistige Reife der Mitglieder für diesen Gedanken. Das erfordert allerdings eine jähe und langwierige Arbeit, die nicht so bequem ist wie die Methode der Gabel und Genossen, die Organisationen parteilich zu spalten.

Kolleginnen und Kollegen! Wer der neugegründeten Organisation beiträgt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern die Interessen der gesamten graphischen Arbeiterschaft; denn nur die bestehenden, alle Berufsangehörigen umfassenden Organisationen sind berufen, die wirtschaftlichen Kämpfe mit dem Unternehmertum auszutragen. Jede Abspaltung stärkt das Unternehmertum in seinem Widerstande gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft. Die Zerspaltung der Organisation und die dadurch herbeigeführte gelähmte Schlagkraft ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Nur

im engsten Zusammenschluß liegt die Größe und die Wirksamkeit der Gewerkschaften.

Daher hat jeder gute Gewerkschafter nicht nur jene Gabelsche Organisation zu meiden, sondern im Interesse der Gesamtheit der fanatischen Agitation von jener Seite unsere guten Gründe und Argumente gegenüberstellen. In allen Kollegentreffen, bei allen Zusammenkünften, muß auf die Schädlichkeit dieses Treibens hingewiesen und gleichzeitig muß jedem einzelnen klargemacht werden, daß diese neu gegründete Organisation niemals die Interessen der Kollegen vertreten kann, weil sie außerhalb aller übrigen Verbände vollständig in der Luft schwebt und weil nur die dem Graphischen Kartell angeschlossenen vier Verbände (Verband der Deutschen Buchdrucker, Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands, Verband der Lithographischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands) für alle Berufsangehörigen der graphischen Industrie zuständig sind.

Kolleginnen und Kollegen! Erkennt die Gefahr und bannt sie bezweigen!

Das Graphische Kartell Groß-Berlin.

Spaltung auf der ganzen Linie.

Saarbrücken, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunisten gehen jetzt auch im Saargebiet dazu über, auf Befehl Moskaus die offene Spaltung der Gewerkschaften zu propagieren. Nachdem sie auf dem Saargebietsparteitag vor einem Monat die drei kommunistischen Gewerkschaftssekretäre und ihren Parteisekretär hinausgeworfen und seitdem einen Vorstand aus Jünglingen der extremsten Linken gewählt haben, hat nunmehr ein „provisorischer Landesauschuss“ als oppositioneller Ausschuss des Saargebietes für Sonntag, den 23. März, eine illegale Bergarbeiterkonferenz und zugleich in verschiedenen Bezirken „oppositionelle“ Arbeiterauschüsse einberufen. Der Bezirksauschuss des ADBB erklärt, ebenso die beteiligten Gewerkschaften, in einem öffentlichen Aufruf, daß er mit allen Mitteln gegen die Gewerkschaftsschädlinge vorgehen werde.

Der Kampf in der Musikinstrumentenindustrie beendet.

Am 18. März wurde, wie wir bereits berichteten, zwischen den beiden Vertragsparteien der Berliner Musikinstrumentenindustrie eine Vereinbarung getroffen, auf deren Grundlage der Kampf nunmehr beendet ist. Die Arbeitszeit von 48 Stunden bleibt grundsätzlich bestehen; in Ausnahmefällen können Ueberstunden bis 51 Stunden pro Woche vereinbart werden. Jedoch sind diese Ueberstunden mit 10 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Voraussetzung für die Ueberstunden ist das wirtschaftliche Bedürfnis der einzelnen Betriebe. Weiter ist vereinbart, daß die Wiederaufnahme der Arbeit am 20. März zu erfolgen habe.

Die Arbeitgeber haben entgegen der getroffenen Vereinbarung in ihrer Versammlung beschlossen, sofort diese Ueberstunden bei Wiedereinstellung der Arbeitnehmer zu verlangen. Daraus haben sich erneute Schwierigkeiten in einzelnen Betrieben ergeben und die Mitglieder des Hojarbeiter-Verbandes sind von ihrer Organisation aufgefordert, keineswegs die von Arbeitgeberseite geforderten Ueberstunden zu leisten. Sämtliche Betriebsvertretungen haben sofort dem Verhandlungsbureau Mitteilung zu machen, inwieweit sich die Wiederaufnahme der Arbeit reibungslos vollzogen hat. Einmalige noch schwebende Differenzen sind gleichfalls dem Verhandlungsbureau zur Kenntnis zu bringen. Im übrigen wird sich eine Funktionärerversammlung am Montag mit den jeweiligen Zuständen in der Musikinstrumentenindustrie befassen.

Angestelltenvertrag der Berliner Metallindustrie.

Der am 3. März vom Schlichter Groß-Berlin gefällte Schlichterspruch, welcher neben der Arbeitszeit auch die Märzgehälter regelt, ist vom ADBB abgelehnt worden. In den, auf Grund unseres Antrages auf Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium am 14. März 1924 stattgefundenen Verhandlungen hat der Vertreter des ADBB, besonders gegen den Schlichterspruch als Begründung für die Ablehnung angegeben, daß die Arbeitgeber auf Grund der allgemeinen Lebensverhältnisse eine Rotwendigkeit zur Erhöhung der Gehälter für den Monat März nicht einsehen könnten. Bezüglich der Arbeitszeit forderte der ADBB, von uns nach wie vor die Anerkennung des Gedag-Abkommens.

Bei dieser Sachlage war natürlich die Möglichkeit einer Verständigung nicht gegeben. Die Entscheidung über unseren Antrag ist nunmehr vom Reichsarbeitsministerium zu fällen. Wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinwirken, daß diese nunmehr schnellstens erfolgt. Sobald die Entscheidung vorliegt, wird in einer AFW-Funktionärerversammlung zu der dann geschaffenen Situation Stellung genommen.

AFW-Metall-Kartell. Günther, Rasper, Rothe.

Angestellte der chemischen Industrie!

Der AFW teilt mit: Nachdem der AFW, die vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie gestellten Forderungen betr. Verlängerung der Arbeitszeit annehmen hat, erhalten wir von diesem die Nachricht, daß er seine Mitgliedsfirmen angewiesen habe, das Abkommen auf alle Angestellten auszudehnen. Das ist ein glatter Wortbruch: Eine Vereinbarung zwischen den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen vom 13. Februar d. J. lautet:

„Unbeschadet der Rechtsauffassung der beiden Parteien läuft die Arbeitszeitbestimmung des § 3 (des alten Tarifvertrages) bis zum Abschluß einer neuen Vereinbarung weiter. Vor Durchführung der neuen Arbeitszeit bei den gewerblichen Arbeitern sollen die neuen Verhandlungen zwischen den Parteien über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in der chemischen Industrie stattfinden.“

Wir fordern daher alle Angestellten der chemischen Industrie auf, soweit sie nicht dem AFW angehören, die Unterzeichnung eines Aktes betreffend Verlängerung der Arbeitszeit, den man ihnen etwa vorlegt, zu verweigern. Ueberstunden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, d. h. nach der neuen Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923, § 3, bis zur Höchstdauer von 2 Stunden an 30 Tagen im Jahre, dürfen nicht verweigert werden. Dafür ist natürlich die im Tarifvertrag vorgesehene Ueberstundenbezahlung, d. h. 1/100 des Monatsgehaltes + 25 Proz. pro Stunde, zu gewährleisten.

Eine ausführliche Darstellung der Sachlage in der chemischen Industrie wird der AFW-Bund der Angestelltenchaft in der nächsten Tagen geben. Um rechtzeitig eingreifen zu können, muß der AFW-Bund von allen drohenden Konflikten, die sich aus dem Vorgehen

der Arbeitgeber ergeben könnten, gegebenenfalls sofort Kenntnis richtigigt werden.

Am Montag finden die Verhandlungen über die Festlegung des Urlaubs und der Märzgehälter statt. An dem gleichen Tage wird sich eine AFW-Funktionärerversammlung mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen beschäftigen.

Lohnbewegung der Tapezierer.

Die Arbeitgeber des Tapezierergewerbes haben eine Erhöhung des zurzeit 65 Pf. betragenden Stundenlohns um 20 Proz. abgelehnt. Sie wollen nur 5 Pf. Zulage auf den Mindestlohn geben und den Arbeitern, deren Akkorde bereits mit Ueberschreitung des Tariflohns von 65 Pf. kalkuliert sind, 3 Pf. mehr zahlen. Eine Funktionärerkonferenz der Branche lehnte das Angebot ab und beschloß, betriebsweise eine 20proz. Zulage zu fordern. In einer allgemeinen Tapeziererversammlung soll dann zu dem Ergebnis Stellung genommen werden.

Zur Aussperrung im Böttchergewerbe ist mitzuteilen, daß am Donnerstag eine Aussprache mit den Unternehmern stattgefunden hat. Die Unternehmer bestehen nach wie vor auf ihrem alten Standpunkt, den Stundenlohn von 50 Pfennig nicht zu erhöhen und verlangen neuerdings, daß überall Akkorde- und Prämienarbeit geleistet werden müsse. Angesichts dieser scharfmarktschrischen Haltung der Unternehmer, insbesondere der großen kapitalkräftigen Firmen, besteht vor der Hand keine Möglichkeit einer Beilegung des Kampfes, obwohl der größte Teil der mittleren und kleineren Firmen geneigt wäre, eine Einigung herbeizuführen. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Berliner Böttcher am Montag wird sich mit der Situation befassen.

Achtung, Metallarbeiter! In den nächsten Tagen finden die Neuwahlen der Branchenleitungen statt. In der kritischen Zeit, in der wir uns befinden, ist mehr als je das geordnete, einheitliche und zielbare Zusammenarbeiten die Voraussetzung des Erfolges. Es ist unseren Genossen bekannt, daß die sogenannte Opposition auf Befehl von Moskau jetzt geklärt auf die Gelben und Unorganisierten, die Spaltung der deutschen Gewerkschaften durchführen muß. Die Kommunisten suchen zu diesem Zweck möglichst viel Positionen innerhalb der Gewerkschaften zu erobern, um bei der Spaltung möglichst viel Mitglieder zu sich herüber zu ziehen. So sind sie bei den Kupferhämern, den Blechbearbeitern, den Buchbindern vorgegangen. Diese Absicht zu vereiteln ist eure Pflicht und eure Interesse. Erhebt deshalb Mann für Mann in den Versammlungen und gebt den zuverlässigsten Gewerkschaftlern der Richtung A. v. d. Amsterdamer eure Stimme. Es geht um eure eigene Sache!

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Frankfurt a. M. ist trotz der größten Anstrengung, die die AFD-Verteiler mit den gemeinsamen Mitteln schriftlich und mündlich betrieben, in dem B-sich der Amsterdamer Richtung geblieben. Die Liste Amsterdamer ist mit 1545 gegen die Liste Moskau mit 569 Stimmen gewählt worden.

Deutscher Verkehrsband, Sektion V, Industriearbeiter.

Samstag vormittag 9 1/2 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24-25, Versammlung sämtlicher organisierten Knappsport-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie. Sitzungsanfrage zur neuen Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie und dem geläufigsten Lohnvertrag. Referent: Kollege Otto Ostmann.

Schabend der Buchbinder und Papierarbeiter. Galanterieabend: Montag nachmittag 3 Uhr in der Brauerei Königsplatz, Schützenhauser Allee 10-11, gemeinsame Versammlung mit den Sattlern. Sitzungsanfrage zu den Lohnverhandlungen der Lederwarenindustrie. — Konrad-Verbandsversammlung: Montag nachmittag 7 1/2 Uhr auf unserem Bureau, Engelstraße 24, Zimmer 17, Sitzung der Parteiführerinnen.

Achtung, Zimmerer! Am Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Engelstraße 24-25, wichtige Versammlung aller Zimmerer der Richtung Amsterdamer. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Günther. 2. Sitzungsanfrage zur Situation im Verband. Der Galionsvorsitz.

Achtung, Tapetierer! Die Versammlung am Sonntag findet nicht statt. Einladung zur nächsten Versammlung erfolgt rechtzeitig. Der Zentralverband der Bäder und Kurbäder wird in einer Versammlung am Montag, den 25. März, abends 7 1/2 Uhr, im den Helden-Kellern, Sandberger Str. 31, zu dem Ergebnis der letzten Tagungsverhandlungen mit den Konbitoriebetreibern Stellung nehmen.

Parteilichkeit für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Gaternus; Gewerkschaftsbewegung: A. Günther; Revolution: A. G. Schiller; Sozialismus und Sozialpolitik: Fritz Kautsky; England: Th. Glaser; Wirtschaft in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Gewerkschafts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Gieser u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Platz 2, Berlin.

Kennen Sie

Nährflocks?

Sie haben Gelegenheit sich von dem Wohlgeschmack der sofortigen Verwendbarkeit und der mühelosen Zubereitung durch eine

Kostprobe

an unserem Stand im

Kaufhaus Verheilm, Königsstrasse,
Kaufhaus Wertheim, Leipziger Strasse,
Kaufhaus Tieg, Frankfurter Allee,
Kaufhaus Tieg, Leipziger Strasse

zu überzeugen — Ununterbrochene Abgabe von Kostproben während des ganzen Tages ohne jeden Kaufzwang.
 Deutsche Nährflocken-Werke A.-G., Berlin W 8, Pri. Dr. Gieser 53

Die beiden Fürsten des Humors

Paul Beckers + Willy Prager

mitsamt dem heiteren Hofstaat

täglich 7 1/2 Uhr bei Zielka Varieté-Kabarett
 Friedrichstrasse 60, Ecke Leipziger Strasse.

täglich 4 1/2 Uhr Gr. Nachmittags-Vorstellung
 mit Paul Beckers und Fr. Sylvaré.



Diese Marke

lohnt einen Versuch.

In der 2.8 Preislage ist sie entschieden ein Fall für sich. Urteilen Sie selbst!

Kleine Massary 2.8

Der Beruf auf den Schienen.

Aus dem Leben des Straßenbahners. — Der Notzustand.

Die sozialdemokratische Stadtbahnarbeiter-Fraktion hat einen Antrag eingebracht, die die Abkündigung der letzten Mißstände bei der Straßenbahnbetriebs-G. m. b. H. zu fordern.

Es wird wohl heute von keiner Seite mehr bezweifelt, daß die Lebenshaltung der meisten Gehalts- und Lohnempfänger sich in einem Grade auf absteigender Linie bewegt, wie man es früher nicht für möglich gehalten hätte. Von dem dauernden Notzustand einer Berufsgruppe, der gewissermaßen den Reford schlägt, weiß aber die breite Öffentlichkeit nichts. Es handelt sich um die Straßenbahner. Wo alle übrigen Arbeiter, hatten auch die Straßenbahner seit dem 9. November 1918 den Achtstundentag. Die gesamte Tätigkeit einschließlich Fahrortvorbereitungen und Pausen durfte nicht länger als 8 Stunden dauern. Die Arbeitszeit begann mit dem Augenblick, wo der Straßenbahner seinen Wagen besetzt. In den Endstationen hatte er eine Ruhepause von circa 15 Minuten. Im Durchschnitt wurde auf jede Arbeits- oder Dienststunde 10 Minuten Pause angerechnet. Jeder Straßenbahner erhielt eine Essentransportmarke. Sie galt als Ausweis für seine Angehörigen, die „frei“ mit der Straßenbahn fahren konnten, wenn sie ihm das Mittagessen brachten. Lohn und Gehalt standen auf der gleichen Höhe mit den Löhnen anderer Berufsgruppen.

Nach der Umstellung.

Anfang Oktober 1923 wurde der rein kommunale Betrieb aufgelöst, um ihn infolge der Inflation vor dem Zusammenbruch zu retten. An seine Stelle trat eine G. m. b. H. „eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Verkehrs-Gesellschaft“. Der Straßenbahnbetrieb wurde stark eingeschränkt. Personal massenweise entlassen. Alle Straßenbahner mit weniger als 10 Dienstjahren erhielten die Kündigung. Fast alle Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute gehörten zu den Entlassenen. Ein Teil wurden in den Gewerken als Zeitlöhner mit täglicher Kündigung eingestellt. Aber bis zum 15. Januar waren alle wieder entlassen. Denn auch hier wurde „abgebaut und gespart“. Während der Entlassungen, die damals vorgenommen wurden, liefen zahlreiche Bittgesuche von den „Christen“, „Gelben“ und Unorganisierten ein, die ihre Arbeitskraft zu allen Bedingungen anboten. Selbstverständlich trieb viele die Not, und gierig hatten sie weiter nichts. Aber der schwebende Dritte war nun einmal die neue Betriebsgesellschaft, die so gefügiges Menschenmaterial zur Hand hatte. So stand man damals vor der Tatsache, daß bei der Straßenbahn nur noch ältere Leute beschäftigt waren, die schon Jahrzehnte im Dienst standen und zum größten Teil von der alten „Großen Berliner“ mit übernommenen sind. Denen ist die alte Zeit mit ihren Traditionen in Fleisch und Blut übergegangen. Sie erkannten alles andere eher an als die gewerkschaftlichen Organisationen. Daher gab es bis vor einigen Wochen nur wenig freigewerkschaftlich organisierte Straßenbahner.

Aber etwas sei noch zur Charakterisierung des traditionellen Straßenbahners erwähnt. Er gehört zu jenen, die festhalten an den äußeren Abzeichen. Bis 1920 war es Tatsache, daß der Straßenbahner nach drei Jahren Dienstzeit Kermelstreifen erhielt, nach fünf Jahren Kragestreifen. Hatte er 10 Dienstjahre hinter sich, wurde ihm ein Stern an den Krage gesteckt. Es sollte ein Zeichen „treuester Pflichterfüllung“ sein. Ganz besonders stolz war er aber, wenn die Jubiläumstreifen am Krage prangen konnten. Er erhielt sie nach 25 jahrelanger treuer Arbeit als „Anerkennung“. Da gab es nun Straßenbahner, die lieber keinen Mantel anzogen und froren, denn die Treifen mußte doch jeder sehen. Solche Leute waren zum allergrößten Teil jene Straßenbahner. Ihnen wären die Treifen heute noch lieber als eine Lohn-erhöhung.

Der Zehnstundentag.

Die Einschränkung des Straßenbahnbetriebes dehnte sich nach allen Richtungen aus. Die kleineren und veralteten Straßenbahndepots wurden geschlossen, zum Beispiel in den nördlichen Bezirken die Bahnhöfe in der Adlerstraße, Schönhauser Allee und Aniproduktstraße. Das wenige Personal, das von diesen Bahnhöfen nicht zur Entlassung kam, wurde dem Depot in Weißensee über-

wiesen. Viele von diesen wohnen in der Schönhauser Allee, Rosenholzer und Prenzlauer Vorstadt, am Friedrichshagen usw. und der Ausgangspunkt ihrer Beschäftigung wurde der nördliche Teil von Weiskow. Wie oft mühen sie nun — je nach ihrer Dienstadt — am frühen Morgen, oft um 1/4 Uhr aus den Betten weit der Weg zum Bahnhof länger als eine Stunde dauert. Manchmal haben sie ihre Tagesarbeit erst in den späten Abendstunden vollbracht. Es sind Fälle vorgekommen, wo die Straßenbahner am Abend erst gar nicht nach Hause gegangen sind, weil es sich gar nicht mehr lohnte. In der Nacht haben sie dann auf den Bänken der



Straßenbahnwagen geschlafen. Das sind Zustände, die man heute gar nicht für möglich halten sollte. Aber von einem Tag- oder Nachmittagslohn kann bei den Straßenbahnern keine Rede mehr sein. 10 bis 12 Stunden und noch mehr sind die Regel. Die Straßenbahnverwaltung reduziert sämtliche Vorbereitungsarbeiten nicht als mit zur Arbeitszeit gehörend. Hierzu gehören: den Triebwagen schleppen, zum Anhänger fahren, ihn um- und anstopfen, rangieren. Nach der Fahrt: die Abtöpelung, die Geldabrechnung, die besonders viel Zeit erfordert. Die Fahrt selbst ist eine förmliche Hecherei. Ein Wagen der Linie 60E muß an einem Tage von Weiskow nach Anhalterstraße bis Kanonierstraße neunmal hin- und zurückfahren. Alle Pausen an den Endstationen fallen ganz weg oder gehören nicht zur Arbeitszeit. — Die treue Arbeit der Angehörigen zur Überbrückung des Notzustandes ist abgeschafft.

Die Löhne.

Wie sieht es nun mit den Gehältern? Hier sieht es auch trübsal aus. Ein Straßenbahner im Alter von über 24 Jahren erhält einen Stundenlohn von 42 Pf. Er erhält also einen Wochenlohn von

etwa 22,68 M. Davon gehen für Steuern, Krankenkasse, Invaliden-geld, Abzug von Steuern circa 4 M. Abzug ab. Es verbleibt ein Lohn von höchstens 19 M. pro Woche. Ein Straßenbahner unter 24 Jahren erhält sogar noch 30 Pf. für die Stunde. Bei Umrechnung der wirklichen Dienstzeit (einschließlich aller sonstigen Arbeiten, die wohl früher, aber heute nicht mehr mitgerechnet werden) erhält er daher einen wirklichen Stundenlohn von etwa 25 Pf. Ferien sind zweifelhaft oder sehr beschränkt. Ein Rentistatist oder sonstiges Abkommen besteht nicht. So liegen die Dinge. Besser, besser gelagert, alles ist sehr reformbedürftig. Schlichtern machen sich auf Grund des Druckes der Gewerkschaftsorganisationen — und hier kommt die richtige Arbeit des Verkehrsverbundes in Frage — die ersten kleinen Verbesserungen bemerkbar. Je strenger und geschlossener die Straßenbahner in den freien Gewerkschaften organisiert sind, je leichter und schneller wird es dem deutschen Verkehrsverbund gelingen, Arbeitszeit und Löhne zu verbessern.

Man darf heute anerkennen, daß der Straßenbahnverkehr sich von Tag zu Tag bessert. Neue Linien sind eingeschaltet worden, die Fahrabstände vermindert und ein großer Teil der Straßenbahner wieder eingestellt. Der Höhepunkt der Krise ist überschritten. In diesem Augenblick erscheint das Privatkapital auf dem Plan und streift die Hände nach dem gesunden Unternehmern aus. Aus der G. m. b. H. sollte eine A. G. werden, mit anderen Worten, die städtische Straßenbahn soll in profitierende Privathände übergehen. In der gestrigen Stadtbahnbesitzung betonte der sozialdemokratische Redner, daß die gegenwärtige G. m. b. H. keineswegs frei sei von Tadel und daß es bei ihr in sozialer Beziehung noch sehr im argen liege. Schließlich stellt aber die gegenwärtige Betriebsform zurzeit das kleinere Übel dar.

Der erste Spatenstich.

Millionen fleißiger Hände recken sich dem Augenblick entgegen, da der Spaten die erste Scholle Erde umzuwerfen imstande ist. Hell scheint die Sonne und ein lebhafter Westwind bläst uns entgegen; aber es ist noch nicht das richtige Tauwetter. Es geht höflich langsam in diesem Frühjahr, kaum handbreit ist der Boden aufgetaut, und man klopft die Erde, bis zu welcher der Frost eingebrungen ist, auf 65 Zentimeter. Da muß es noch anders kommen, soll die Spatenarbeit in alter Weise lohnen. Vielleicht hat der Himmel ein Einsehen und sendet den wirklichen Tauwind, der uns lindert, als umwehe uns ein weicher seidener Schaf. Schade, daß wir keinen Föhnwind herbeizubringen können, wie es in süddeutschen, österreichischen und Schweizer Gegenden so schön der Fall ist, wenn das Thermometer in wenigen Stunden rasend steigt, alle Schneemassen sich in Wasser auflösen und der Boden in der frischen Wärme seinen Frühlingserquickung ausströmen läßt. Der Norddeutsche ist weniger begünstigt, höchstens an den Küstenstrichen tut der weiche Seewind gleiche Wunder. „Wie ist der Westwind noch so kalt“, seufzt manches arme Menschenkind, das keinen Winterkater in der Frühlingstau ausheilen möchte.

Tage, dann nur noch Stunden sind es, die uns von dem Leben in der Natur noch trennen. Von einem Leben, das zunächst Arbeit und nachmalig Arbeit heißt. Aber seine Reifezeit der Reifezeit hat seinen ganzen Hoffaat schon bekommen: Mit und jung, groß und klein wartet auf den Märzbefehl. Wie es in alten Königszeiten hieß: „Der König ist tot — es lebe der König!“ — so heißt es jetzt: Winter vorbei — Frühling ist da. Und der erste Spatenstich sank mit voller Kraft in die Erde hinein und das alte Bild vom Werden und Bergehen beginnt von neuem.

Die Juchschule Scharenberg im Tegeler See, die wechselnd Gemeindeförderer als sogenannte Aufbauschüler und Schüler höherer Lehranstalten aufnimmt, hat zu Ostern einige Plätze in der Oberstufe neu zu besetzen, die durch den Weggang der Abiturienten frei werden. Schüler mit dem Zeugnis für Obersekunda eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Oberrealschule, die es treibt, ihre letzten Schuljahre draußen in der Natur in enger Gemeinschaft mit ihren Lehrern und Kameraden unter freierem Unterrichtsformen unter Voraussetzung ihrer Reifeprüfung zu verleben, wollen sich am Mittwoch oder Sonntag der nächsten Woche bei dem Leiter der Scharenbergerschule (Linie 28, Endstation Tegelerort) am der Schulinfel vorstellen.

(Kontinuität durch Kollid-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Hemdärmel bis zu den Schultern aufgekrempt, die Zigarre im Munde, betrachtete Jürgen zufrieden seine Arbeit. „Nächstes Jahr werden auch wir ein Stück Kuggarten anlegen: Gemüse- und Salatbeete, etwas Beerenobst. Körperliche Arbeit erhält gesund. Man muß vorbeugen, weißt du.“

Bögel huschten von Busch zu Busch. Die Amstel schnappte einen Wurm aus der frisch aufgeworfenen Erde, überquerte, nach dem Boden, den ganzen Garten und verschwand unter dem Schneeballenbusch.

Das Zwölfuhrklängen zahlreicher Kirchenglocken vereinigte sich über der Stadt, strahlte auseinander, hinaus zu den Gärten. Jürgen legte — wie im Bureau den Federhalter — pünktlich den Spaten aus der Hand. Nach dem Mittagessen schlief er. Die Zeitung war seiner Hand entfallen.

Sah dann am Schreibtisch vor der geöffneten Krokodil-ledermappe. Rechts stand eine Miniatur-Schillerbüste, geschnitten mit einem winzigen Lorbeerkranz, links der Tinten-schreiber — ein farbiges Luchshörnchen mit Glasaugen — und in der Mitte das Tintenfaß: ein sich hochaufblühender Bronzehirsch, auf dessen Schweif stehen Federhalter lagen. „Aum aber an die Arbeit!“ rief er und rieb die Hände.

In der Ferne erkante eine Kindertrumpete. Vorsichtig nahm er den eberinggroßen Vorbeerkranz vom Haupte Schilfers herunter, betrachtete ihn genau, klopfte ihn auf seinen Fingern, sinnete sich, daß der Körper knatte und der Mund ein eisiges Loch wurde, ergriff wieder den Federhalter und sah hinaus, wo der Sonntagnachmittag stand, der, zerteilt in Billionen Teilchen, durch das Fenster und durch alle Ritzen und Wände hereindrang.

Sogar die Sonne scheint anders als an Werktagen, und alle Geräusche haben einen anderen Klang. Einen erschaffen Klang! Unerschaffen! Man ist wehrlos. . . Da steht ich also senkrecht auf der Höhe des Lebens, habe keine Sorgen, keine Schmerzen, und weiß nichts anzufangen mit dieser Höhe. . . Sogar die Spaten zwitschern Sonntags anders als in der Woche.“ sagte, dunklen Druck in der Brust, Jürgen und öffnete ein Buch, legte es wider was, ergriß den Federhalter. „Wieder gleich“, er, demnach gleich zu haben, daß das Tintenfaß ebenfalls gelächelt hatte. „Unsinn!“ rief er zornig sich selbst zu.

Der Wunsch nach dem Montag, nach der gewohnten Bureauarbeit und dem gewohnten Aufenthalt in der Börse huschte durch ihn durch. Jürgen hätte nicht sagen können, weshalb und wann er an das Fenster getreten war. Die Fichtengruppe im Garten stand reglos. Ein hängender Ast störte die Symmetrie. „Auch morgen wird dieser Ast genau so wegstehen und übermorgen auch und auch noch in zehn Jahren. Dieser stupide Sonntag bringt einen um jeden Gedanken. Ah! und diese mörderische Zimmereinrichtung!“

Der Himmel war gleichmäßig blau und sah aus, als ob er nie mehr nachdunkeln werden würde. In jarnen Geräuschen schwammen die Töne der Kindertrumpete. Im Garten lang der Nachbar. Jürgen hob die linke Schulter, hob die rechte Schulter, das linke Bein, das rechte. Die Bewegungen wurden zu einem gedrückten Tanz. Die Stokstufen standen reglos.

Der hin- und herschwingende Elefantentüffel im Salon zog weiße Fäden und blieb schlief hängen. Jürgen sah deutlich den schiefhängenden Perpendikel. Während und die Hände über dem Kopfe erhoben, wie ein Gefangener, der unter entschertem Revolver abgeführt wird, ging er in den Salon, sah blöb auf den funktionierenden Perpendikel.

Die Sonntagsgespräche drangen auch durch das offene Fenster in das Wohnzimmer, wo Elisabeth sich langweilte. „Nun, also was? Zu den Älten? Oder im Park spazieren gehen? . . . Daß du aber auch diese unverständliche Konzeption gegen das Autofahren hast!“

„Eine Grenze nach oben muß eingehalten werden, Herzen“, sagte er gähnend. „Übrigens, wenn du willst, können wir auch fahren. Loh ever Auto kommen. . . Luch langweilig!“

„Die rosa Studie und mein Porträt hängen schon seit Donnerstag. Außerdem noch zwanzig seiner besten Arbeiten.“ Und sie sprach von den großen Fortschritten, die ihr Geliebter gemacht habe. „Gehen wir in die Ausstellung!“

„Warum nicht gleich zum Zahnarzt!“

„Oder sonst jemand besuchen?“

Der Schindl der grauen Haare verdrängte alle Vorschläge. „Ben denn bounant! Die sitzen sicher auch alle zu Hause und wissen nicht, was sie mit sich anfangen sollen. Ein Glück, daß nicht alle Tage Sonntag ist. . . Gehen wir in den Zirkus! Da tritt heute zum erstenmal eine Akrobatin auf die Kopf voran, weißt du, aus sechszwanzig Meter Höhe herunterpringt in ein Bassin, das nur vier Meter lang und vierundfünfzig Zentimeter breit ist. Denk an! Dieses winzige Loch in der Manege und dabei diese riesige Höhe! Unbegreif-

lich! Das sollte gar nicht erlaubt werden. Das Bassin ist mit scharfkantigen Winkelstein eingefaßt. Wenn das Mädchen nur um fünf Zentimeter fehlt springt, schlägt es sich Schulter und Arm vom Körper weg. Aber aufregend wird die Sache sein. Jedenfalls besser, als hier zu sitzen.“

Die Jovantir drückte die beiden hinaus. Jürgen sah zurück in den gepflegten Garten, betrachtete das glänzende Messinggeschloß, auf dem nur „Aisenreiter“ stand, und zog den Hut vor der Tante, die, starr blickend, wie ein altes Bild im Fensterahmen schwebte.

Raadam die Akrobatin von dem zehn Meter und von dem fünfzehn Meter hohen Standplatz aus gesprungen und wieder am Seil emporgezogen worden war zu dem sechsundzwanzig Meter hohen Standplatz dicht unter der Zirkuskuppel, von der aus gesehen die Manege einem am Boden liegenden Kinderreihen und das Bassin einem schwarzen Bleistiftstrich glichen, erklärte Jürgen ausführlich, jezt liege die Gefahr so gar noch weniger darin, daß das Mädchen sich durch die gewaltige Wucht des Sturzes den Kopf auf dem Grunde des Bassins zerbrechen müsse, wenn sie nicht, im Wasser angelangt, im entscheidenden Bruchteil der Sekunde blüh schnell die Drehung zurück zur Wasseroberfläche ausführe.

Die Musik schwieg. Das Publikum verstummte. Die Akrobatin bläkte hinunter auf den Bleistiftstrich, in den hinein sie sich stürzen mußte, breitere die Arme aus. Frauen sahen weg. Auch Elisabeth sah weg.

„Langweilig ist das nicht. Du siehst, sogar ein Sonntag-nachmittag kann ausgefüllt werden.“ sagte Jürgen, während die Tante mit einer ihr ganz fremden Bangigkeit die Bibel aufschlug und Sätze las, die, vor grauen Zeiten erlornen, oft von ihr gelesen, gehört, ausgesprochen und gesprochen, ihr auch jezt nichts sagten. Sie schloß sich einer Ohnmacht nahe, stützte unter der Angstbeklemmung, daß dann alle sie betrachteten würden und sie vielleicht ein ganz anderes Gesicht haben werde als sie habe.

Und während der Mädchenkörper in der Luft eine weiche Drehung machte und, Kopf voran, Hände wie betend zu sanftmütig, gleich einem Meierchen Fische an der obersten Galerie und an der erhöht sitzenden Musiktopfelle vorbei senkrecht in die Tiefe stürzte, dem schwarzen Strich und dem rapid größer werdenden Sägemehlkreis in verzehnfachter Schnelligkeit entgegen, bläkte die Tante noch einmal auf das Brett vor ihr liegende Land hinaus, das in der Ferne schon von der rötlichen Dämmerung genommen wurde, und schaukelte plötzlich in sich zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Agrarpreise und Schutzzollpropaganda.

In ihrer Schutzzollpropaganda wird von den Führern der Großlandwirtschaft immer wieder auf die Tatsache verwiesen, daß die Industrie ihre Preise stärker erhöht hat als die Landwirtschaft es gekonnt hat. Das ist richtig. Allerdings trägt die Landwirtschaft an der Verteuerung der künstlichen Düngemittel und anderer Rohstoffe insofern ausreichend Mitschuld, als sie der Heraushebung der Preise niemals widersprochen, ja sie sogar wiederholt ausdrücklich unterstützt hat. Versuche, der Landwirtschaft die Düngemittel mit Staatshilfe zu verbilligen, sind sogar von den Führern der Großagrarier direkt abgelehnt worden.

Betrachtet man die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte in der letzten Zeit, so ergibt sich, daß bei einer Reihe von Lebensmitteln, deren Erzeugerpreise bisher unter dem Vorkriegsstand lagen, diese Differenz sich verminderte. Die preußische Hauptlandwirtschaftskammer berechnet neben den von ihr ermittelten Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte fortlaufend Preise für Indizes, die das Verhältnis zu den Vorkriegspreisen angeben, wobei der Vorkriegspreis jeweils mit 100 angenommen ist.

Nach diesen Berechnungen der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer sind die Indizes für Industriematerialien in der ersten Märzhälfte gegenüber der zweiten Februarhälfte im großen und ganzen konstant geblieben. Erhöht hat sich nur der Index für Stabeisen von 116 auf 120 und der für Geschirre und Selbwaren von 112 auf 116. Dagegen liegt der Index für Thomasmehl von 126 auf 117 und der für kleinere Maschinen und Geräte von 135 auf 130 nach.

Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise nahmen folgende Entwicklung:

	zweite Februarhälfte	erste Märzhälfte
Waggen	6,97 = 83	6,66 = 81
Kartoffeln	1,70 = 65	2,10 = 105
Butter	1,80 = 141	1,80 = 141
Ei	29,70 = 89	30,40 = 71
Schweine	33,50 = 100	34,10 = 101

Die Tabelle beweist ein Anziehen der Agrarpreise, das sich in der zweiten Märzhälfte fortsetzt; z. B. Kosten:

	13. 3.	17. 3.	21. 3.
Weizen	162-168	165-173	170-176
Waggen	180-187	183-191	187-193

Daraus geht hervor, daß der Druck auf den Lebensmittelmarkt nachgelassen hat, nachdem für die Beschaffung der Düngemittel durch Eingreifen der Reichsregierung umfassende Kredite bereitgestellt worden sind. Die steigende Tendenz der Erzeugerpreise beweist jedenfalls, daß es unter allen Umständen versucht wäre, der gegenwärtigen Marktlage allzuviel Bedeutung beizumessen und aus ihr so weittragende wirtschaftspolitische Schlüsse zu ziehen, wie es die Landwirte verlangen.

Die ländliche Siedlung in Preußen.

Dem Siedlungsausschuß des Preußischen Landtages wurde eine dem Landtag vom preußischen Landwirtschaftsminister vorgelegte „Statistik der Durchführung des Reichs-Siedlungsgesetzes“, die sich auf die Jahre 1919 bis 1922 erstreckt, beraten. Die statistischen Ergebnisse für 1923 liegen noch nicht vor, doch konnte Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf die Hauptergebnisse auch dieses Jahres in ihren wesentlichen Zahlen mitteilen.

Die Gesamtzahl der Neusiedlungen beträgt in Preußen 10 183 auf einer Fläche von 96 524 Hektar, die der Anliegersiedlungen 92 830 auf einer Fläche von 97 504 Hektar.

Dieses Ergebnis mag, absolut betrachtet, gering erscheinen. Doch ist darauf hinzuweisen, daß sich die Zahlen nicht auf die 5 Jahre gleichmäßig verteilen, sondern daß von Jahr zu Jahr ein stets günstigeres Ergebnis festzustellen ist. So beträgt die Zahl der Neusiedlungen:

im Jahre 1919	823 auf einer Fläche von 9 881 Hektar
1920	1749 „ „ 14 009
1921	2174 „ „ 19 426
1922	2653 „ „ 19 945
1923	2759 „ „ 32 440

Die jährliche Leistung ist also stetig gewachsen; dementsprechend läßt sich für die Zukunft eine weitere Steigerung erwarten. In ähnlicher Weise hat auch die Zahl und die Fläche der Anliegersiedlungen zugenommen.

1919	12 506	Anliegersiedlungen auf 10 741 Hektar Fläche
1923	18 189	52 997

Auch sonst ist diese aufsteigende Tendenz zu beobachten, so insbesondere beim Vollerwerb. Es wurden erworben:

1919	22 543 Hektar, darunter 27 ganze Güter mit 12 085 Hektar
1920	28 917 „ „ 10 805
1921	30 082 „ „ 12 532
1923	82 068 „ „ 26 069

An ganzen Staatsdomänen wurden in den Jahren 1919 bis 1923 45 im Gesamtumfang von 20 928 Hektar der Siedlung zur Verfügung gestellt. Dazu kommen noch 5637 Hektar, die von 159 Domänen in einzelnen Teilen abgegeben wurden. Dagegen war der Erwerb von Vor- und Nebland nicht besonders ergiebig. Er betrug in der Zeit von 1919 bis 1922 insgesamt 7177 Hektar.

Von den vertriebenen Ostflüchtlingen sind bisher 1637 neu angesiedelt. Weitere 258 Flüchtlinge sind auf Anstellungsgütern der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften zur demnächstigen Ansiedlung untergebracht.

Der Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf legte dem Siedlungsausschuß die Pläne dar, die die Staatsregierung ermächtigt, um der landwirtschaftlichen Siedlung über die bestehenden Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, unter denen die Geldschwierigkeiten augenblicklich die drückendsten sind. Er wies auch auf die im Gange befindlichen Geschesarbeiten hin, die bezwecken, die staatlichen Kautelenbanken umzugestalten und damit der Siedlung neue Kreditquellen zu erschließen.

Rohstoffsteuerung. Die verhältnismäßig geringe Bedeutung der industriellen Konjunktur hat bereits zu einer Verteuerung einer ganzen Reihe von Rohstoffen geführt. Besonders in der Schwerindustrie wird die Konjunkturverbesserung zu Preissteigerungen ausgenutzt. So wurde in der letzten Sitzung des Reichsenzessionsrates am Mittwoch vom Geschäftsführer mitgeteilt, daß die Nachfrage nach Rohstoffen in den letzten Wochen wesentlich zugenommen hat. Der Druck der ausländischen Konkurrenz habe infolge des Sinkens des Frankens sich nachgelassen. Die Preise des ausländischen Rohstoffs seien daher heute wesentlich höher. Mit Rücksicht darauf, daß die heutige Rohstoffproduktion für alle Werke der Leistungsfähigkeit ist (die Bearbeitung ist immer die gleiche! — Red.), wurde beschlossen, die Preise der Rohstoffe (Kohle, Eisen, Blei, Zink, Kupfer) für alle Verkaufsgebiete um 3 M. pro Tonne mit sofortiger Wirkung zu erhöhen. Andererseits wurde beschlossen, den Abnehmern in den Zahlungsbedingungen weiter entgegenzukommen. Diese wurden dahin geändert, daß die Lieferung in der ersten Monatshälfte bis zum Schluss des betreffenden Monats, die Lieferung in der zweiten Hälfte des Monats bis zum 15. des folgenden Monats zu bezahlen sind.

Zusammenluß im Versicherungsgewerbe. Die beiden Gothaer Versicherungsunternehmen, die beiden Gothaer Feuerversicherungsbank a. G. und die Neue Gothaer Lebensversicherungsbank a. G., beschließen, unter Wahrung ihrer

Selbständigkeit insbesondere zur produktiveren Schaffung ihrer beiderseitigen weitverzweigten Außenorganisationen eine Arbeits- und Interessengemeinschaft einzugehen. In diese soll auch die Gothaer Transportversicherungsbank a. G., die Tochtergesellschaft der ergründeten Unternehmung eingeschlossen werden. Der Ausbau des Konzerns ist angebahnt.

Landwirtschaftliche Genossenschaften und Kreditorganisation. Die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Währung von Krediten an die Landwirtschaft war der Gegenstand einer Besprechung, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Ranig, mit Vertretern des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Generalverbandes der Raiffeisengenossenschaften gehabt hat. Der Minister hob den Wert hervor, den die Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen an ihrem selbstgeschaffenen Aufbau, von den örtlichen Spar- und Darlehnskassen aufsteigend zu den Verbandskassen, die in der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste ihr zentrales Ausgabekontingente haben, für die Zuführung des Kredits an die Landwirtschaft und für die Aufnahme von Spareinlagen in sich trage. — Es wurde festgestellt, daß die früheren hohen Zinsspannen aus der Zeit unmittelbar nach der Inflation inzwischen eine erhebliche Herabsetzung erfahren haben. Für eine weitere Herabsetzung des dem letzten Kreditnehmer zu berechnenden Zinsfußes, die allgemein als wünschenswert anerkannt wurde, werde es insbesondere entscheidend sein, ob es zu erreichen ist, der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Kredite unter günstigeren Bedingungen als bisher zuzuführen.

Bessere Vorkesselfabrik M.G. Die Aktienmehrheit dieses Unternehmens ist in den Besitz des Braunkohlensyndikats Behr & Siemens übergegangen, der seinerzeit durch den ersten Wiederkaufvertrag mit Nordfrankreich die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Das Werk, das zur Fabrikation neuer Kräfte ausgebaut werden soll, steht vornehmlich technische Vorkesseln her.

Wesentliche Besserung der Beschäftigung im Solinger Bezirk. Im Solinger Industriebezirk ist in den letzten Wochen unter dem Eindruck der verbesserten Wirtschaftslage die Zahl der Erwerbslosen zurückgegangen. Man zählt in der Solinger Industrie heute insgesamt noch etwa 2000 Kurzarbeiter und Voll-erwerbslose, während die Höchstzahl im Januar etwa 18 000 betragen hat.

Ausgestaltung der Aktiengesellschaft Sächsischer Werte. In die Aktiengesellschaft Sächsischer Werte wurden die staatlichen Braunkohlenerwerke in Hirschfelde und Böhlen mit ihren umfangreichen Grubenfeldern, die staatlichen Elektrizitätswerke, das staatliche Steinkohlenwerk in Zauderode und die Beteiligungen des Staates an privaten Elektrizitätsunternehmen eingebracht. Diese von der Gesellschaft übernommenen Anlagen und Beteiligungen stellen einen Wert von 134 1/2 Millionen Goldmark dar. Sämtliche im Betrieb befindlichen Anlagen arbeiten schon jetzt mit Gewinn. Die Gesellschaft verfügt im Osten des Landes, Bezirk Hirschfelde, über mehr als 1/2 Milliarde Tonnen Braunkohle. Die Anlage Böhlen ist für eine Jahresförderung von 3—4 Millionen Tonnen eingerichtet und wird die Förderung im laufenden Jahre aufnehmen. Das Braunkohlenerwerk Hirschfelde — mit einer Förderung von rund 1,2 Millionen Tonnen im Jahre 1923 — befindet sich in vollen Betrieben. Zu ihm gehört eine Brückensabrik mit einer Jahresleistung von 100 000 Tonnen. Die gefördertete Braunkohle findet zum überwiegenden Teile Verwendung in dem an die Gesellschaft übergebenen Großkraftwerk Hirschfelde. Dieses neuzeitlich eingerichtete Kraftwerk besitzt eine Leistungsfähigkeit von 85 500 Kilowatt. Die Energieübertragung und -verteilung erfolgt durch ein ebenfalls der Gesellschaft gehörendes, sich auf nahezu ganz Sachsen erstreckendes Übertragungsnetz, bestehend aus 100 000 Volt-Doppel-Leitungen von Hirschfelde nach dem Vogtland und von Lautitz nach Dresden, aus den Hauptspannwerken Rodewitz, Dresden-Süd, Chemnitz und Silberstraße und aus einem ausgedehnten Mittelspannungsnetz; ein Hauptspannwerk in Herlasgrün bei Blaun, eine weitere 100 000-Volt-Leitung von Leipzig bis Silberstraße und weitere Mittelspannungsleitungen befinden sich im Bau. Das Steinkohlenwerk Zauderode fördert in einem noch auf rund 25 Jahre ergiebigen Tiefbau wertvolle, im hochindustriellen Blaunischen Grund bei Dresden leicht abbaubare Steinkohle. Die Jahresförderung betrug 1923 220 000 Tonnen. Endlich ist die Gesellschaft an den hauptsächlichsten privaten Elektrizitätsunternehmen des Landes, besonders der Elektra Aktiengesellschaft und den ihr nahestehenden Gesellschaften, maßgebend beteiligt. Unter Ausnutzung der reichen Braunkohlenschätze bei Böhlen soll in Böhlen außer einer Brückensabrik ein Großkraftwerk mit einer Leistung von etwa 100 000 Kilowatt errichtet werden. Zur Förderung des Ausbaues wird eine Geldleihe dienen, die zunächst in der Höhe von 10 Millionen Goldmark in Stücken von 50, 100, 200, 500 und 1000 Goldmark in den nächsten Tagen zur Zeichnung aufgelegt werden soll. Die Anleihe wird vom 1. April 1924 ab mit 10 Proz. verzinstlich sein.

Die italienische Textilindustrie auf dem Balkan. Die billigen Produkte der italienischen Textilindustrie haben die Märkte der Balkanstaaten der Türkei, Jugoslawiens und Rumaniens erobert. Sie genießen auf diesen Märkten geradezu eine Monopolstellung. Unter den vielen Gründen für diesen Erfolg erwähnt der „Manchester Guardian“ die niedrigen Löhne in der italienischen Textilindustrie, welche die Produktion, trotz der geringeren Leistungsfähigkeit der italienischen Textilarbeiter um Verhältnis zu den englischen, verbilligt. Ein weiterer Grund der billigen Exportpreise liegt in der vertikalen Konzentration der italienischen Textilindustrie, welche nur die Rohbaumwolle kauft und die Fertigung ausführt; sämtliche Arbeitsprozesse werden innerhalb des Unternehmens durchgeführt. Seit einem Jahre beliefert Deutschland Italien auf Grund einer Vereinbarung mit billigen Farbstoffen, die zu diesem Erfolg ebenfalls beitragen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittshauptpreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengrupe, lose	16,79 - 17,25	Malkaffee, gepackt	23,00 - 25,00
Gerstengrupe, lose	16,99 - 17,00	Rösterkaffee, lose	16,00 - 15,00
Malerflocken, lose	18,75 - 16,00	Nakao fettarm	100,00 - 125,00
Malerflocken, lose	16,90 - 16,50	Kakao, leicht entölt	13,00 - 15,00
Ro-gemehl W1	12,75 - 14,00	Tea, Souchon, gepackt	350,00 - 420,00
Walgemein	13,00 - 18,80	Tea, Indischer, gepackt	420,00 - 500,00
Hartweizen	27,00 - 25,10	Inlandszucker basis mel	40,00 - 42,00
7% Weizenmehl	14,50 - 16,00	Inlandszucker Raffinade	42,50 - 44,50
Weizen-Auszugmehl	17,00 - 1,00	Zucker Würfel	46,00 - 48,00
Speiseerbsen, Viktoria	19,00 - 22,71	Kunsthonig	36,00 - 40,00
Sojabohnen, kleine	14,00 - 17,00	Zuckerersatz heil in Elm	49,00 -
Bohnen, weiße, 1. Art	20,21 - 24,00	Speiseerz. dunkl. in Elm	33,00 - 35,00
Landbohnen, hanauerlein	3,70 - 37,5	Marmelade Eintr. Erb.	108,00 - 130,00
Linsen kleine	26,93 - 35,70	Warme-ade Viertracht	40,00 - 55,00
Linsen, mittel	36,50 - 42,00	Phaenomenus in Elmern	45,00 - 50,00
Linsen, große	43 9 - 49 8	Stein-alk. lose	3,41 - 4,70
Kartoffel mehl	16,9 - 18,50	Siedsalz, lose	4,25 - 4,50
Makkaroni	40,00 - 45,00	Braunschwarz in Tierces	65,00 -
Makkaronimehl	37,00 - 38,5	Braunschwarz in Kübern	67,00 -
Schnitttauden, lose	21,00 - 25,00	Purelard in Nisten	65,00 -
Bruchreis	15,71 - 17,81	Purelard in Nisten	65,00 -
Ran von Reis	17,00 - 19,30	Speisetaig in Packung	46,00 - 50,00
Teileis, glasiert, Patna	31,00 - 36,70	Speisetaig in Kübern	46,00 - 49,00
Teileis, java	110,00 - 127,00	Margarine, Handlam. I	58,00 -
Min.öl, amerik.	43,00 - 48,00	desgl. II	48,00 - 52,00
Getr. P. faunen 90/100	55,00 - 60,00	Margarine, Spezialm. I	76,00 -
Phaenomen, entölt	55,00 - 60,00	desgl. II	60,00 - 65,00
Cal. Phaenomen 40/3	60,00 - 65,00	Molkereibutter I. Fässer	200,00 -
Rosinen in Kisten, Candia	75,00 - 95,00	Molkereibutter in Pack.	206,00 -
Sultaninen Carab. rano	85,00 - 95,00	Landbutter in Fässern	170,00 -
Korinthen, choice	80,00 - 85,00	Landbutter in Packungen	175,00 -
Mandeln, süße Bari	145,00 - 160,00	Auslandbutter	200,00 - 206,00
Mandeln, bittere Bari	135,00 - 150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	35,00 - 36,00
Zimt (Cassia)	110,00 - 120,00	Soeck, gesalzen, fett	62,00 - 67,00
Kümmel, holländischer	185,00 - 185,00	Quadratkäse	49,00 - 50,00
Schwarzer Pfeffer sines	93,00 - 116,00	Quarkkäse	35,00 - 39,00
Weißer Pfeffer	130,00 - 141,00	Milcher Käse, vollfett	114,00 - 125,00
Rohkaffee Brasil	180,00 - 218,00	Aust. ungeruck. Condensmilch 4 1/2 %	21,00 - 25,00
Rohkaffee Zentralamer. 240/300	220,00 - 300,00	Ind. indische desgl. 4 1/2 %	18,00 - 19,50
Rohkaffee Brasil	240,00 - 280,00	Ind. ger. Condensm. 4 1/2 %	28,50 - 29,50
Rohkaffee Zentralam.	320,00 - 400,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Die Emmingerei.

Sozialdemokratische Interpellation im Landtag.

Der Landtag nahm gestern ohne Aussprache die Entwürfe über Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Staatsbeamten usw. sowie über eine Neuverteilung des Beamtenbeamtentumsumfanges, ferner über Verwertung der Forstungen aus den Staatswaldungen in den vormals kurhessischen Landestellen an.

Darauf begründet Abg. Siegl. Rosenfeld (Soz.) die Große Anfrage seiner Fraktion über die

Umgestaltung der Rechtspflege.

Die von der Reichsregierung im Berordnungswege angebahnte Umgestaltung der gesamten Rechtspflege hat die Rechtsicherheit der Bevölkerung schwer gefährdet, indem sie eine Anzahl der wichtigsten Rechtsgüter, die auch dem ärmsten Staatsbürger zur Seite standen, einfach aufhob. Mit dem bloßen Zweck der Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens läßt sich solche Entrechtung nicht vertreten. Daß ihr die gesetzliche Grundlage fehlt, ist von namhaften Rechtslehrern anerkannt worden.

Justizminister Am Zehnhoß:

Die Verordnung vom 17. Dezember ist ohne vorhergehende Befragung der Länder auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden. Sie war nach Ansicht des preussischen Staatsministeriums in der Tat geeignet, schwere Bedenken zu erwecken. Ich habe sie zunächst durch eine allgemeine Verfügung vom 28. Dezember 1923 dahin erläutert, daß das beschleunigte Verfahren der Verordnung nur in bestimmten Ausnahmefällen anzuwenden sei. Darüber hinaus habe ich durch Schreiben an den Reichsjustizminister unter Hinweis auf meine Bedenken die Aufhebung der Verordnung angeregt. Diese ist denn auch erfolgt die Verordnung ist mit dem 1. Februar außer Kraft getreten. Die Verordnung vom 4. Januar 1924 ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 erlassen worden. Nach der Ansicht der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums war eine sofortige Umgestaltung der Strafgerichte und der Strafrechtspflege im Sinne einer Vereinfachung und Verbilligung dringend geboten, da ohne sie die Finanzlage von Reich und Ländern zu einem vollständigen Stillstand der Rechtspflege zu führen drohte.

Das Staatsministerium ist der Ansicht, daß die Verordnung, wenn sie auch einzelnes befähigt hat, was in besseren Zeiten unentbehrlich schien, auf der anderen Seite doch Bestimmungen enthält, durch die früher wiederholt von den Volksvertretungen erhobene Forderungen Rechnung getragen worden ist. Als ein notwendiges Übel sind die vorübergehenden Notmaßnahmen und unter diesen namentlich die zeitweise Ausschaltung des Laienlements aus der Rechtspflege in Staatsangelegenheiten anzusehen. Nach der Ansicht des Finanzressorts bestand für die Zeit bis Ende März die unmittelbare Gefahr eines Zusammenbruchs der Staatsfinanzen. Die Notwendigkeit, aus diesem Grunde jede irgend ersparbare Ausgabe zu vermeiden und dadurch dem vollständigen Stillstand der Rechtspflege vorzubeugen, hat die Reichsregierung veranlaßt, trotz der auch von ihr nicht verkannten Bedenken an diesen Bestimmungen festzuhalten. Sie treten in nächster Zeit — Ende dieses Monats — außer Kraft. Die Zurückleitung der Rechtsentwicklung auf den Weg der ordentlichen Gesetzgebung ist inzwischen durch den Ablauf der Geltungsdauer des Ermächtigungsgesetzes eingetreten.

Wenn gegen eine rechtskräftige Verurteilung ernstliche Bedenken hervortreten sollten, ohne daß die Voraussetzungen für ein Wiederaufnahmeverfahren gegeben sind, wird die Staatsregierung prüfen, ob Anlaß zur Herbeiführung eines Gnadenereiffes gegeben ist.

Abg. Oppenhoff (Z.): Es ist anzuerkennen, daß man vom Standpunkt der Finanznot eines total verarmten Volkes die ergründeten Überlegungen milder beurteilen kann. Wir können unter diesen Umständen nur billigen, daß die Regierung dem Vorgehen des Reichs zugestimmt hat. Ein Vorzug der neuen Ordnung ist die Beschleunigung des Strafverfahrens. Die Umgestaltung der Schwurgerichte vermag ich nicht so bedingungslos zu beurteilen, wie es der sozialdemokratische Redner getan hat.

Abg. Dr. Deckerberg (Nat. Vp.): Es darf nicht vergessen werden, daß die gesetzgebenden Instanzen sich niemals zu einer schleunigen Reform auftrafen konnten. Allerdings eine Tat ist auch die Verordnung vom 4. Januar nicht. Unsere alten Strafgerichte, die jetzt verschwinden, verdienen unsere Anerkennung. Doch ist die Beschleunigung der Verfahren nicht zu beschleunigen, wenn man sich orientieren vermöchte, daß dabei oft Fehlurteile ergingen, wird doch von keiner Seite geleugnet werden können. Die Neuordnung mit sechs Laien und drei Berufsrichtern ist ein Fortschritt. Die neuen Großen Schöffengerichte sind insofern bedenklich, als die Disposition darüber lediglich der Staatsanwaltschaft überlassen ist, während der Richter maßlos bleibt. Die Einschränkung der Beweisanträge ist bedenklich, hochwillkommen dagegen die endliche Einführung der Berufung gegen die Strafammerurteile. Die Ersetzung des Reichsgerichts als oberste Revisionsinstanz durch die 20 Oberlandesgerichte ist um so bedenklicher, als sie dem Partikularismus Vorschub leisten kann. Auf die Dauer darf diese Neuordnung nicht bestehen bleiben.

Abg. Küstner (Soz.):

Hat denn überhaupt ein einzelner Minister das Recht, die gesamten materiellen Rechtsgrundlagen aus eigener Rechtsvollkommenheit umzuwerfen? Universitätsprofessoren, wie Gerland in Jena, Goldschmidt und Kohlschlag in Berlin, haben das Werk des Herrn Emminger trefflich kritisiert. Es ist auch keine Ersparnis, wenn man die Landesratsprozesse — zurzeit sollen 1300 schweben — vom Reichsgericht an die Oberlandesgerichte verweist.

Man sollte besser prüfen, ehe man Anklage erhebt.

Ist es nicht empörend, wie man gegen einen Idealisten, wie den Professor Daidde, vorgegangen ist? Bei den geheimen Draufaktionen aber stellt sich die Justiz schweigend vor die Verbreiter. Bringt einmal ein Rechtspuff aus, so wird vielleicht auch Herr Stresemann vor Rauehalten nicht sicher sein. Wenn man das Schmutzgericht abschafft, den Namen aber bestehen läßt, so verrät das nur allzu deutlich.

Das schlechte Gewissen der Verfasser dieser „Justizreform“.

Man hat ja doch eben keine Geschworenen mehr, sondern nur noch Schöffen. Darin liegt eine grobe Kompetenzüberschreitung des Herrn Emminger. Wir verlangen die Aufhebung dieses sogenannten Rotgesetzes.

Der Mäandert-Projekt hat das Rechtsgefühl aufs schwerste erschüttert.

Im Volke entsteht der Glaube, daß man nur die Kleinen Diebe hängt, daß aber Leute, die sich auf bewaffnete Banden stützen, wie Ehrhardt und Kohlschlag, ruhig schlafen können.

Hochverrätern gewöhnt man sich in Bayern.

Ist es nicht empörend, wenn die schwere Verleumdung des Reichspräsidenten, er habe Oberpfälzen gegen Schmirgeleider verkauft, lediglich mit 50 Goldmark bestraft wird? (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ist es nicht unerhört, wenn man den Betrüger der Rathenau aus Wälder-Häufen freispricht mit der Begründung, er sei so politisch vernünftig, daß anzunehmen sei, daß er an die Wahrheit seiner unjünglichen Behauptung geglaubt hätte? Ja, wenn diese Herren vor Gericht kommen, sind sie auf einmal alle politisch vernünftig! (Lachen links.)

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Ohne Aussprache dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen werden die Entwürfe des Zentrums auf Änderung der Vorschriften des Berggesetzes über Stilllegung und

Zermalmt die Lüge!

Von Wilhelm Sollmann.

Wenn es einen Bemerkenswerten für politisch unanständige Gesinnung gibt, so ist es das Herbeten der Dolchstoßlegende für einen Menschen, der den Krieg in der Front oder in der Heimat erlebt hat. Die Bezeichnung, daß die Sozialdemokratie den Sieg der Ententemächte herbeigeführt habe, ist eine Schandtat der Rassenräuber auf allen Schlachtfeldern, wo zerhackene Körper von Sozialdemokraten mit anderen Deutschen gemeinsam liegen; sie ist eine niedrige Verunglimpfung der Rüstungsarbeiter von einst, eine widerliche Beschimpfung der ungezählten sozialistischen Frauen, die ihre väterlosen Kinder verließen, um Tag um Nacht in Fabriken und Werkstätten, auf Eisenbahn und Post, überall, wo sich Arbeit bot, die proletarischen Männer zu ersehen und so ihren hungernen Familien wenigstens das kümmerliche Kriegsbrot, die 70 Gramm Schmalz die Woche, das Pfund Kartoffeln, das Rapsölchen Marmelade verdienten. Wo waren da, von einigen idealistischen Studentinnen abgesehen, die Frauen und Töchter derjenigen, die jetzt der sozialistischen Arbeiterklasse das Schandmal des Landesverrats aufbrennen wollen? Wir begegneten ihnen nicht an der Drehbank und nicht als Eisenbahnfahrern, nicht mit schweren Säcken Kartoffeln auf den Landstraßen und nicht in den Glendspolonsälen, die oft schon mitten in der Nacht sich aufstellten, um am Morgen ein paar Gramm Fett und etwas weisses Gemüse zu erlangen. Wir haben die Helfferlich und Hergt, die Bestarp und Schiele nie zur Massenfüterung in den Kriegsküchen, wo wir jahrelang einen fragwürdigen Brei aus Rüben und Kraut uns einverleibten. Es gehört das ganze ungeheure Maß deutscher nationalitätlicher Frechheit dazu, das Andenken der gefallenen Sozialdemokraten, unter ihnen der Kriegsfreiwillige jüdische Abgeordnete Ludwig Frank, zu behudein; es bedarf der ganzen „Ritterlichkeit“ deutschnationaler Männer, mit Verleumdungen der proletarischen Frauen zu danken, die jahrelang ein Heidentum zeigten, das wert wäre, von einem Homer besungen zu werden.

Es will nichts besagen, daß auch Sozialdemokraten in Front und Heimat nur gezwungen aushielten. Welcher Heuchler wollte bestreiten, daß selbst bei den größten wirklichen Partisanen, sofern sie litten, die Kriegsbegeisterung rasch verfliegen war? Wo ist der Schamlose, der zu leugnen wagte, daß Unzählige, die jetzt die nationalistische Trommel rühren, Schlottend und opfernd mit den schwierigsten Mitteln Reklamationen zu erlangen suchten? Es menschlich auch im Kriege überall. Nur muß man hinzufügen, daß den gemeinen Menschen im Schützengraben und in der Heimat das berühmte Durchhalten unendlich schwerer gemacht wurde als den Stabsoffizieren in Heer und Wirtschaft.

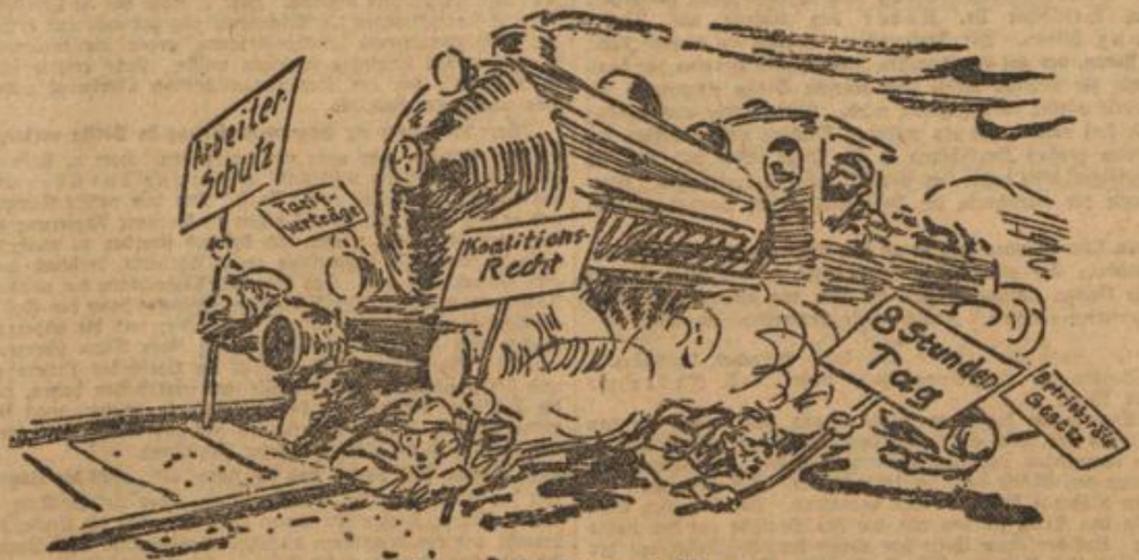
Über die Rüstungsfrage? Keiner richtete sich gegen wirkliche Landesverteidigung. Sie wurden herausgefordert von den Eroberungslustigen, die im Osten und Westen deutsche Fürstenmacht erweitern, den Soldaten und Arbeitern aber die Gleichberechtigung im Staate verweigern wollten. Sie wurden geführt von den Wucherern und Hamstern, die die Arbeiter in die Verzweiflung des Hungers trieben. Wären die deutschnationalen hohen Herren, zumal auf großen Gütern, die Industriellen und Händler in sich gehen: ist es bei der gewaltigen Übermacht der Geener überhaupt zulässig, von einem deutschen Verlogen zu reden, dann mögen sich die deutschen Kommunisten schuld bewusst vor ihrem gearteten Volke neigen.

Die Dolchstoßlegende ist auch so dumm, wie sie verlogen ist. Wie die hurrupatriotische Verwundung, die in jedem Republikaner einen vaterlandslosen Gesellen sah, jahrzehntelang das Ausland in den geradezu fieserlich gefährlichen Glauben verleitete, die Millionen Sozialdemokraten seien Vaterlandslose, so ist jetzt das blöde Geschrei über die antinationalen „Marxisten“ eine unerhörte Stärkung aller Hoffnungen des französischen Imperialismus auf das Rheingebiet. Denn dies Wort bleibt stehen in der deutschen Geschichte, ihr selbstgerechten Meinationalen: deutsch ist der Rhein nur noch, weil die Sozialdemokraten ihn schützen, und deutsch bleibt er, weil wir dem großdeutschen Gedanken der Paulskirche die Treue halten. Damit sei kein Wort gegen die Arbeit anderer Parteien am Rhein gesagt, aber die Sozialdemokratie ist neben dem Zentrum die weitaus stärkste politische Bewegung im Rheinlande. Sie hält die Front, nicht die Deutschnationalen, nicht die Deutschösterreichischen, deren Rachepropaganda Gott wert ist für die Rheinforderungen Poincarés. Mehr als eine bürgerliche Partei hat geschwankt in diesen Jahren. Das „Los von Berlin“, freilich im Rahmen des Reichs, war jahrelang ein bürgerlicher Schicksal am Rhein, und das ist gewiß: ohne die Sozialdemokratie und ohne die „Schmähen“ Arbeiter- und Soldatenräte hätten wir 1918/19 die „Rheinische Revue“ bekommen. Nichts, gar nichts rührte sich von Deutschnationalen am Rhein, als wir im Dezember und Januar des Revolutionswinters Spartakus und Separatisten alle niederhieben.

Und später? Nach dem Ruhrkampf? Noch immer sind Tausende Sozialdemokraten ob ihrer deutschen Gesinnung ausgewiesen, und viele unserer besten Genossen werden auf immer oder immer den Rhein nicht mehr verlassen. Ich glaube, unsere Opfer hatten an Zahl und an Wert plebeischen Vergleich mit den Opfern derjenigen aus, denen die deutsche Nation ein Firmenschild für Parteigeistliche ist.

Deshalb ist der Vordruck für antinationale Geener, aber keine Genossen, rassistisch drauf, wo man weiß, was das Beträgen auf Deutschland zu schmecken will. Unser Patriotismus ist nicht anders als der der Kaiserlichen, unsere deutsche Gesinnung ist anders als die der Schichten, die das Vaterland nur lieben, solange es Geld und Silber schmecken können. Unser Glaube an die Zukunft der Nation ist auch anders als der derjenigen, die ganze Massen ihres Volkes entwerfen, wie sie andere Völker unterworfen wollten. Unser Deutschsein ist Tot für die redlich schaffenden deutschen Volksgenossen, ist der Wille, uns Freiheit im Innern und nach außen zu schaffen, ist solches Recht für alle als Träger deutscher Staats- und deutscher Wirtschaft, aber auch Gleichberechtigung für Deutschland im Kreise der Völker.

Die Wahl zum Reichstag. Ein Kommentar zum neuen Reichstagsloos und der Reichstagswahlordnung ist aus der Feder des zuständigen Referenten des Reichsministeriums des Innern Ministerialrat Dr. Raitenberg im Verlag für Politik und Wissenschaft, Berlin SW. 46 erschienen.



Stinnes als Lokomotivführer.

Der wahre nationale Mut.

Die Folgen der Katastrophopolitik.

Die Kriegstunde des deutschnationalen Parteiführers Hergt, die mit dem Gedanken einer Verzweiflungsoffensive des deutschen Volkes spielte, hat mit voller Schärfe die große Alternative aufgezeigt, um die es bei den kommenden Wahlen geht: Außenpolitik der Verzweiflung und der Bekehrung des Volkes, oder Außenpolitik der Rettung und Befreiung durch Befreiung des inneren Erfüllungswillens. Diese große Alternative zeigte von der anderen Seite her der Demokrat Dr. Gehler, der Reichswehrminister, in einer Rede in Braunschweig. Er sagte:

„Der kommende Reichstag wird die Frage zu lösen haben, ob eine Truppenteilung oder eine Politik der Erfüllung getrieben werden soll. Truppenteilung will den Friedensvertrag zerschellen. Aber die Anhänger dieses Gedankens haben die Pflicht, dem Volke zu sagen, was dann geschehen soll. Freiheitskampf ohne Waffen ist Unfug. Dem französischen Militarismus ist nichts erwünschter als das Spiel mit einem solchen Revanchekrieg, der unmöglich ist. Wir haben noch keinen Grund, an der Zukunft Deutschlands zu verzweifeln. Rühmlicher Versuch muß sich mit glühender Vaterlandsliebe verbinden.“

Die Antwort von Hergt auf die Frage, was dann geschehen soll, heißt klüger Widerstand, wenn nötig Offensiv. Soll diese Offensiv mit Spazierschritten gegen Bombenflugzeuge und Tanks geführt werden? Will sich Herr Hergt an die Spitze einer mit Brillen ausgestatteten Armee setzen, während die moderne Kriegsmittel des französischen Militarismus Deutschland zu Wüste machen? In der „Friedenswarte“ stand unlangst ein Aufsatz über die Durchbarkeit der modernen Kriegsmittel. Es war die Rede von einem modernen Kriegsgiftgas, von dem 12 Bomben genügt, um alles Leben in einer Stadt wie Berlin zu vernichten. Nicht einmal die Keller böden hier Rettung, denn jenes Gas sei schwer, es sinke zu Boden, es dringe in die Tiefe und folge den Abzugskanälen unter der Erde; selbst alles pflanzliche Leben erlösche, Quellen und Grundwasser würden vergiftet.

Wollte das deutsche Volk Hergt folgen, so würde es die Alternative des Massenelbsterbens aus Verzweiflung wählen. Die deutschnationalen Wortführer, und noch viel mehr die von ihnen bekehrten Leute, die sich die Konsequenzen deutschnationaler Tiraden nicht klar machen, kommen sich sehr müde vor bei ihren Kriegsbreden. Der wahre Mut in der gegenwärtigen Lage Deutschlands aber besteht nicht in der Selbstvernichtung aus Verzweiflung, er besteht darin, daß in Mühe und Schweiß und Arbeit unter Opfern und Leiden an der Befreiung Deutschlands gearbeitet wird — was die von der Sozialdemokratie geführte Arbeiterschaft seit Jahren beweist. Der wahre Mut besteht in der Charakterstärke, die sich nicht der Verzweiflung hingibt, weil die Befreiung erst nach langer Periode des Leidens winkt. Er besteht in der Charakterstärke, die für die Befreiung des Landes Besitz und gewöhnlichen Luxus opfert und noch mehr. Die moralischen Mut haben die Kreise des Besitzes, deren Wortführer die Deutschnationalen sind, nicht bewiesen.

Stinnes verzichtet.

Herr Stinnes läßt durch sein Telegraphenbureau, die Tel.-Union, verkünden, daß seine Gesundheit so nachteilig gefährdet sei, daß es ihm nicht möglich sein werde, sich in nächster Zeit mit parlamentarischer Tätigkeit zu befassen. Eine erneute Kandidatur für die Wahlen zum Reichstag scheidet damit zurzeit aus.

Im alten Reichstag ist Herr Stinnes persönlich wenig hervorgetreten, bis auf das eine Mal, wo er im Auswärtigen Ausschuss den Minister des Auswärtigen Dr. Simons heftig wegen seiner Haltung in London angriff. Demals erwiderte er sich wegen der Durchkreuzung seiner Pläne durch Simons in Spa. Im übrigen war er kein Freund vom „Blaue“. Er wirkte lieber im stillen. Seine Gruppe war eine parlamentarische Macht, die oft unheilvoll genug in die deutsche Politik eingegriffen hat. Die Reize der großen Koalition war ihr Wert.

Die Parteien im alten Reichstag.

Als der Reichstag am 24. Juni 1920 zusammentrat, verteilten sich die Mandate in folgender Weise: Sozialdemokraten 118, Unabhängige 81, Zentrum 69, Deutschnationalen 68, Deutsche Volkspartei 62, Demokraten 45, Bayerische Volkspartei 20, Welfen 5, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunisten 2, Parteienlose 2.

Die Parteistärke blieb im Laufe der Jahre nicht gleich. Zum Teil wurde sie durch die Neuwahl in den Grenzprovinzen verändert, zum Teil aber auch durch Ausscheiden und Zutritte von Abgeordneten, die ihr politisches Vortragsrecht wechselten. Die stärkste Bewegung zeigte sich dabei auf der äußersten Linken. Die Kommunisten waren nur zwei Personen stark in den Reichstag eingetreten (Dr. Lej, Frau Zettin). Im Oktober 1920, nach dem Parteitag in Halle, traten 22 unabhängige Abgeordnete zu den Kommunisten über und bildeten die 24 Mann starke Fraktion, die sich „Bereinigte Kommunistische Partei“ nannte. Im Laufe des Sommers 1921 traten aus dieser vereinigten Partei 12 Mitglieder wieder aus und bildeten die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“, so daß bei den alten Wastauer Kommunisten nur 11 übrigblieben; einer der Abgeordneten blieb

zunächst parteilos. Die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ schloß sich dann im April 1922 wieder mit den Unabhängigen zusammen. Auch das Schicksal der 81 Unabhängigen war zum Teil sehr wechselvoll, erst Verlust von 22 Mann an die Kommunisten, dann Rückkehr von 12 der Ausgetretenen, bis am 18. Oktober 1922 die 70 Unabhängigen sich mit der Mehrheit sozialdemokratischer Abgeordneter zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei vereinigten. Die nunmehr 173 Abgeordnete zählte, von denen in den letzten Wochen zwei (Frau Eichler und Hoffmann-Schmargendorf) wieder zu den Kommunisten übergegangen sind. Als Rest der alten Unabhängigen Partei blieb nur Bedebour und der Nachfolger Dümmigs, Wegmann, übrig.

Auch auf der Rechten gab es allerlei Sezessionen. Die Deutschnationalen hatten bei den Reichswahlen in den Grenzprovinzen einen kleinen Zuwachs erhalten. Er ging verloren dadurch, daß die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Düringer zur Deutschen Volkspartei übertraten, Minister v. Rantzau aus der Fraktion ausschied und die drei ehemaligen Deutschnationalen v. Graefe, Henning und Wulfe den Grundstock der neuen Deutschvölkischen Freiheitspartei bildeten.

Die Deutsche Volkspartei verlor den Abgeordneten Geisler, der ausgeschloffen wurde und jetzt für die Deutschnationalen kandidiert. Sie gewann Düringer und Kardorff. Nebenbei sind die Abgeordneten Gildemeister, Quag, Böglie, Marekly und Bersner dabei, eine Gruppe der „Nationalliberalen“ abzuspalten.

Alle diese Veränderungen brachten es mit sich, daß beim Schluß des Reichstags die Parteiverteilung wie folgt aussah: Sozialdemokraten 171, Zentrum 68, Deutsche Volkspartei 68, Deutschnationalen Volkspartei 65, Demokraten 39, Bayerische Volkspartei 20, Kommunisten 16, Bayerischer Bauernbund 4, Deutschvölkische 2, Welfen 2, Unabhängige 2. Drei Abgeordnete gehören keiner Partei an.

Die Wahlen der Schwerindustrie.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von besonderer Seite geschrieben: „Innerhalb der „nationalen“ Besselergebnisse werden die Vorbereitungen für den Wahlkampf eifrig betrieben, nachdem von den Schwerindustriellen Hoffnungen die nächsten Wahlen bereits eingetroffen sind. Dabei ist von Wert festzustellen, daß diese Geber sowohl der Deutschvölkischen Freiheitspartei als der Deutschnationalen Partei zuflehen. In nächster Zeit ist mit einer Neugründung deutschvölkischer Zeitungen zu rechnen. Die Deutschnationalen wollen dahinter nicht zurückbleiben. Sie beschäftigen in aller Kürze in Nordwestdeutschland mit großen Mitteln eine Tageszeitung zu gründen, die die Politik des rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei vertritt. Nach außen hin werden zwar die völkischen und deutschnationalen Blätter in Konkurrenz gegeneinander auftreten. Die Tatsache aber, daß sie aus denselben Fonds gespeist werden, zeigt aufs deutlichste die Absichten der finanziellen Hintermänner.“

Der Wahlkampf wird eine Neuauflage des verpöndeten, mit dem Geiste der Schwerindustrie betriebsamen Wahlkampfes von 1920 werden. Nur daß inzwischen in der Zeit der Geldentwertung die Schwerindustrie durch den Ankauf von Zeitungen ihre Position gegenüber 1920 noch verbessert hat. Um so energischer müssen alle Sozialdemokraten für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei warben.

Völkische Arbeiterfallen.

Der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftssystems mit seinen sozial zerstörenden Folgen hat viele Arbeiter veranlaßt, den freien Gewerkschaften den Rücken zu kehren. Während Unionisten und Syndikalisten aus den Reihen der Unzufriedenen nur wenig Zuwachs erzielten, bildeten sich auf der rechtsradikalen Seite die sogenannten „Völkischen Kampforganisationen“.

Es entstanden zunächst die „Reichsgewerkschaft völkischer Arbeiter“, die „Reichsgewerkschaft völkischer Bergarbeiter“, die „Reichsgewerkschaft völkischer Handlungsgeschäftlichen“ und die „Reichsgewerkschaft weiblicher Angestellten“, die sich im Reichsbund völkischer Kampforganisationen zusammenschließen haben.

Daneben bildete sich der ebenfalls auf völkischem Boden stehende „Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine“, der entstanden ist aus dem Zusammenschluß des „Nationalen Bundes deutscher Berufsgewerkschaften“ mit dem „Deutschen Arbeiterbund“.

Auch die verschiedenen völkischen Parteien gehen mit ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ heisleren, so die nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ und die im Januar in Stuttgart gegründete „Deutsche Arbeiterpartei“ durch aller arbeitenden „Sünde“.

Alle diese Organisationen sind im Wesen gleich. Sie lehnen jede Bindung mit den „internationalen Kampfgewerkschaften“ ab (die so wohl auch verzichtet werden!). Sie erkennen die von den Gewerkschaften angewandten Kampfmittel, wie Streik, Boykott usw., nicht an, sondern wollen in Verbindung mit den Organisationen der Unternehmer ihre Ziele erreichen. Neuanfänge der selben Bemannung.

Der Zweck der völkischen Arbeiterorganisationen, die wie Wölfe aus der Erde schlüpfen, liegt klar auf der Hand. Man will für die völkischen Parteien Stimmen fangen. Und weil man als Partei nicht recht an die Arbeiter herankommt, sieht man sich in das Gewand einer Arbeiterorganisation. Die Organisationen wollen die durch die Wirkungen der Inflationenzeit hervorgerufenen geistige Verwirrung ausnutzen, um Arbeiterstimmen der völkischen und sozialistischen Fraktionen zuzuführen. Sie werden nach der Wahl dann ihr wahres Gesicht zeigen — so wie die Völkischen in Mecklenburg.

Münchener Plaidoyers.

Freisprechung beantragt.

München, 21. März. (M.B.) Am Schlusse seines Plaidoyers stellte der Verteidiger Dr. Roder den Antrag auf Freisprechung Hillers. Die Freisprechung bedeutet in diesem Falle, daß ein Mann, der mit der innersten Faser seines Herzens für deutsches Land, für deutsche Kraft und deutsche Größe eingetreten sei, seiner Arbeit wieder zurückgegeben wird. Hiller werde auch künftig die Kräfte frei machen, die ein weiteres Wachen und Gedenken des gemeinsamen großen Deutschland in die Wege leiten würden. (Der Verteidiger) bitte daher das Gericht, Hiller freizusprechen. Hierauf verlas die Vorsitzende die Verhandlung auf Sonnabend vormittag.

In den Abendstunden kam es an den Abfertigungslinien vor dem Gerichtsgebäude der ehemaligen Kriegsschule in der Blutenburger Straße zu kleinen Ansammlungen, die aber von blauer und grüner Polizei zerstreut wurden. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

München, 21. März.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung nahm R.-M. Roder für Hiller das Wort:

Die Angeklagten haben, so führt er aus, den Kampf um das Vaterland und ihrer Ehre willen ausgefochten, und so werden wir nichts vorbringen, was dem Vaterlande schadet. Aus allen ihren Taten klingt das Motiv des Deutschlandliebes, selbst nach dort, wo die Augen blühende Menschenleben vernichten. Im Gegensatz dazu leuchten in den Alten Farben und die das Deutsche auf das tiefste angreifen. Auf der einen Seite das edelste deutsche Wesen, auf der anderen Seite die Lasten, daß ein deutscher Mann ein deutsches Wort nicht kennt, einen deutschen Händedruck nicht gelten läßt. Wo man es erlebt, daß ein deutscher Mann ein Treuversprechen gibt und den Bruder dann verhaftet. Die Angeklagten waren geächtet in ihrer Vaterlandsliebe. Ihr Mund war stumm, denn sie saßen im Gefängnis und die völkische Presse war verboten. Der Generalsstaatskommissar hat die öffentliche Meinung emsig bearbeitet, um „das Volk über die Wahrheit aufzuklären“. Diese Erklärung hatte freilich mit Wahrheit und Anstand nichts zu tun. Ich denke an den Geheimbericht Löffows und an die Tatsache, daß man einen großen Hörführer hier als „Preußen“ beschimpft hat. Man hat verächtlich den Vorwurf der Herren Rahr, Löffow und Seiger auf die andere Seite abzuwälzen. Die Stimme des Volkes sollte gegen die Angeklagten umgesehrt werden. Man hat Hiller Wortbruch vorgeworfen, und ein deutscher Mann erträgt eher ein körperliches Weiden als einen Vorwurf gegen seine Ehre. Zu meiner Freude war der Herr Staatsanwalt so ehrlich zuzugeben, daß Hillers Erklärungen an Seiger eingeschränkt waren, und damit fällt der Vorwurf des Wortbruchs zusammen, zumal auch Herr v. Rahr hier erklären mußte, Hiller habe ihm nicht sein Wort gebrochen. Sie, meine Herren, haben in Hillers Seele geschaut und müssen wissen, daß er nicht hinterhältig ist.

Die Schuld der Angeklagten muß nach den Verhältnissen im vorigen Herbst beurteilt werden. Die Reichsregierung hatte heiligen Boden des Vaterlandes preisgegeben. Niemand verstand das, wenn man nicht annehmen wollte, daß versucht wurde, den Bolschewismus auch in Deutschland einzuführen. In Sachsen registrierte ein Dr. Zeigner. Das Reich mußte gegen diese Verderber eingreifen, dort, wo der Vertrauensmann der Bolschewisten, Brandler, die Maschine durchführte. Gleichzeitig arbeiteten die Separatisten und die Kommunisten in Hamburg gegen das Reich. Die Flucht der Länder von Reich machte sich immer mehr geltend und jedem mußte sich der Gedanke aufdrängen, daß die Männer „oben“ unfähig seien, das Erbe unserer Väter zu bewahren. Die Unfähigkeit der Regierung in Berlin zeigte sich aber ganz besonders bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen.

Im weiteren Verlauf seines Plaidoyers führte R.-M. Roder aus: Die Unzufriedenheit Bayerns mit diesen Zuständen führte zum offenen Kampf gegen die Männer im Norden. Die Gerüchtung des Generalsstaatskommissars löste den Ausnahmezustand aus. Bayern hat sich nicht um die Auffassung dort droben gekümmert. Der Generalsstaatskommissar hat erklärt, die Reichsbehörden gingen ihn nichts an.

Das war offenkundiger Kampf gegen Berlin, und Herr v. Rahr hat mit erfreulicher Deutlichkeit ausgesprochen, er regiere rechts und gegen die marxistisch eingestellte Berliner Regierung. Man wies in der Presse darauf hin, daß unter der Fahne weißblau der Kampf gegen

die Novembermänner beginne. Herr v. Rahr hat im Oktober sich in offenem Konflikt gegen die Reichsregierung gewandt und erklärt, daß die christlich-nationale Weltanschauung gegen die internationalen Marxisten den Kampf aufnehmen müsse. Rahr erklärte schließlich, er verhandele mit den Regierungsmännern überhaupt nicht mehr. Das war zu der Zeit, als

Herr v. Löffow die Angora-Regierung in Berlin verlangte.

Löffows Sprache war nicht mißzuverstehen. Herr v. Rahr hat sich aber nicht auf Worte beschränkt, er ging zur Tat über und setzte das Republikengesetz außer Kraft. Das war vollste Kampfanzüge, und er ließ damit den Kampf gegen die Berliner Regierung zu, ohne daß man befürchten mußte, sich dadurch strafbar zu machen. Herr v. Rahr führte die Hasidesehe gegen Ehrhardt, Hoffmann und Heiß um, einfach nicht aus. Das bedeutete Mißachtung der norddeutschen Regierungsmänner. Der Verteidiger schilderte dann den Fall Löffow ausführlich und folgerte daraus, daß Hiller und die anderen Angeklagten von der inneren Berechtigung ihres Tuns überzeugt sein mußten. Wenn Rahr und Löffow die Vorwürfe Hillers gebilligt und sich stundenlang darüber mit ihm unterhalten haben, wie man die Berliner Männer am besten bekämpfe, so darf man sich nicht wundern, daß in den Angeklagten sich das Gefühl festsetzte: Was wir wollen, ist die Absicht unserer Regierung.

Rahr, Löffow und Seiger sind die Haupttäter, nicht die Angeklagten. Bei der Bewertung der Glaubwürdigkeit der Herren Rahr, Löffow und Seiger muß man sich fragen: Daß sind nicht die Leute, die man braucht, um einem anderen die Ehre abzuspülen. Diese Leute haben sich um eine ehrliche nach Ausjourn herumgedrückt.

Vors. (unterbrechend): Herr Rechtsanwalt, Sie gehen hier zu weit.

R.-M. Roder: Das ist meine persönliche Auffassung, gegen die ich nicht ankämpfen kann. Die Darstellung der Herren über den Staatsstreich, den sie machen wollten, ist krankhaft gekünstelt und unglaublich und die Auslassungen eines Mannes, der herumdeuteln muß, um nicht weiter in den Konflikt zu kommen, ist unglaubwürdig.

Die Herren Rahr, Löffow und Seiger haben im Bürgerbräu ernstlich mitgemacht. Ich behaupte, es ist unmöglich, daß ihnen Erklärungen abgepreßt worden sind, oder daß man die Leute mit Revolvern bedroht hat, denn

von einem Expreßer, der mir den Revolver auf die Brust setzt, erblicke ich nie schließlich keine Zigarette.

Im Anfang mögen sich die Herren wohl zum Schein geipert haben, aber hinterher ist es ihnen im Saal heiliger Ernst gewesen. Eine Komödie gegenüber Verbrechern wäre noch verständlich gewesen, eine Komödie gegenüber den Angeklagten wäre ein ungeheuerlicher Frevel.

R.-M. Roder erklärte dann, daß der Demonstrationstag in die Stadt keine Kampfhandlung gewesen sei, sondern daß er die Willensrichtung der Angeklagten darstelle. Die Vorgänge am Residenzplatz allerdings, so erklärte er, sind nach allgemeiner Auffassung

glatte Mord

gewesen. Vors. (unterbrechend): Herr Rechtsanwalt, das ist eine verheerende Darstellung. Die Verhandlung hat nichts Derartiges ergeben.

R.-M. Roder: Es ist jedenfalls die Auffassung der ganzen Stadt München gewesen.

Der Verteidiger schloß seine Ausführungen mit den Worten: Die Angeklagten haben nichts getan, als daß sie sich hinter die bayerische Staatsgewalt stellten. Wenn die bayerische Staatsgewalt etwas getan hat, was nicht gutzubilligen ist, so muß das politisch, nicht aber nach dem Strafgesetzbuch beurteilt werden, und das gleiche Maß muß dann natürlich auch für die Angeklagten benannt werden.

Ich beantrage daher die Freisprechung des Herrn Hiller, der für das deutsche Volk und das deutsche Land eingetreten ist, der es erndigst hat, daß Rahr an der Spitze des Landes stehen konnte. Hiller ist der Mann, der gegen den Hochverrat vom November 1918 angekämpft hat, und der immer nur eingetreten ist für das Wohl und das Beste des Landes, und der auch kein ganzes Leben lang dafür eintreten wird. Sprechen Sie diesen Mann frei und Sie werden dem Recht und dem Gesetz die besten Dienste leisten.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend vormittag 10 Uhr vertagt.

gewußt haben, daß das Futter für den Minister bestimmt war und soll auch dabei gewesen sein, als er Dr. Zeigner das Paket übergab. Auf die Ausführungen Möbius erklärte Dr. Zeigner, ungefähr im Oktober 1922 habe er sich nach einem Pelz umsehen wollen und sich deswegen an seinen früheren Schulfreund, einen Pelzhändler namens Belgowski gewandt. Eines Tages, als er gerade aus dem Hause trat in dem Belgowski sein Lager hatte und er sich dem Geschäft Schmörz gegenüber befand, traf er vor dem Eingang Möbius. Auf dessen Frage, was er hier suche, erklärte er ihm, daß er nach einem Pelz umhau habe. Kurze Zeit nachher, als er gerade in keine elektrische Strömung, fühlte er auf Möbius, der den gleichen Strohhalmwagen bestieg und ihm ein Paket überreichte. Auf seine verblüffte Frage sagte er ihm, daß es ein Geschenk von Schmörz sei. An der nächsten Haltestelle stieg dann Möbius ganz plötzlich wieder aus. Zeigner will dann am nächsten Sonnabend, als er in Leipzig war, Schmörz telephonisch zu erreichen versucht haben, da ihm dies nicht gelang, wiederholte er am nächsten Sonnabend den Versuch, suchte dann Schmörz auf, brachte ihm

das Paket, das er überhaupt nicht geöffnet hatte

und brachte ihm wegen seiner Handhabungsweise energische Vorstellungen. Nach langem Zureden des Schmörz, der sehr betreten schien, gab dann Dr. Zeigner darauf ein, das Futter zu dem Selbstkostenpreis zu behalten. Das Futter wurde von seinem Schneider für den Pelz verarbeitet. Dr. Zeigner bestreitet entschieden, daß dieses Ereignis der Zusammenkunft im Café vorangegangen war. Möbius hat ihm allerdings ein Gesuch des Schmörz schon vor der Auslieferung des Pakets überreicht. Dies Gesuch will er einfach an das Innenministerium weitergeleitet haben. Er erinnert sich, daß schon nach dem Fall mit dem Futter Möbius ihn in Dresden anrief und bat, ihn sprechen zu dürfen. Er bestellte ihn ins Café, wo er zu keiner größeren Verwunderung Herrn Schmörz antraf. Bei dieser Gelegenheit verlas Möbius, Dr. Zeigner als Schlichter vorzustellen, was aber nicht möglich war, da er ja Schmörz schon kannte. Nachdem Schmörz ihm die Sachlage dargelegt hatte, gab er ihm den Rat, sich der Untersuchung irgendwelcher kaufmännischer Organisationen zu fernen. Da Schmörz ein in sehr schlechtem Deutsch geschriebenes Gesuch bei sich hatte, machte er einige Bemerkungen dazu, die sich Schmörz in seinem Notizbuch notierte. Er habe ihm aber keine Besprechungen gemacht, sondern im Gegenteil gelogt, er wüßte nicht, was er für ihn machen könnte. Auf seine Bitte aber versprach er, den entsprechenden Dezenten in Rücksprache zu nehmen und ihm das Resultat mitzuteilen. Als er dann Schmörz wirklich über das Resultat benachrichtigte, bat ihn letzterer, sich mit ihm auf der Goethestraße zu treffen. Er tat dies auch und ging am gleichen Abend zu Schmörz, wo er sich mit ihm über seine Sache unterhielt. Da er noch vor der Rückfahrt nach Dresden essen wollte, machte ihm Schmörz den Vorschlag, in das nahe liegende Weinrestaurant zu gehen. Hier habe er

keinen Wein getrunken und sein Essen selbst bezahlt.

Während der Unterhaltung fragte ihn Schmörz, ob er nicht auch für seine Frau einen Pelz machen lassen sollte. Zeigner will darauf geantwortet haben, daß er nicht glaube, dazu imstande zu sein, da er erst eben für sich einen Pelz habe machen lassen und seiner Frau eine Samjahde gekauft habe. Schließlich versprach er doch, in den nächsten Tagen mit seiner Frau in einem Geschäft vorzusprechen, was bei Gelegenheit eines gemeinsamen Besuches in Leipzig auch wirklich geschah. Der ihm vorerlegte Pelz stellte sich jedoch viel zu teuer und der Kauf kam nicht zustande. Kurze Zeit darauf machte ihm seine Frau plötzlich die Mitteilung, daß sie

von Schmörz einen Pelz zugeschickt

erhalten habe. Als er dann in Leipzig Schmörz darüber Wartungs machte, wie er ihm einen Pelz schicken könnte, wo er doch wüßte, daß er nicht bezahlen könne, bat Schmörz, doch den Pelz zu bezahlen, da er nach Maß gemacht sei und er für ihn keine Verwendung habe. Dr. Zeigner leinerte sich will darauf bestanden haben, daß er wenigstens für die Verarbeitung des Pelzes bezahle. Was nun nach Dresden in dieser Sache geschah, will Dr. Zeigner nicht aussagen. Der Pelz ist aber Schmörz zurückgeschickt worden. Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, daß Schmörz ausgesagt habe, die das Futter und den Pelz nichts erhalten zu haben, erklärte Dr. Zeigner, daß er das Futter in zwei Raten bezahlt hat. Uebrigens hat Dr. Zeigner später noch einmal Schmörz getroffen, der ihm mitteilte, daß sein Gesuch abgelehnt worden sei. Da Dr. Zeigner in gewissem Sinne in seiner Schuld zu stehen glaubte, versprach er, sich für die Sache zu interessieren. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich als Ministerpräsident für die Sache Schmörz interessiert habe, erklärte Dr. Zeigner, daß er früher als Justizminister sich nur auf die Befürwortung der Angelegenheit beschränkt und als Ministerpräsident nur telephonisch mit dem Innenminister Viebmann gesprochen habe.

Es folgen darauf ausführliche Darlegungen Dr. Zeigners über die Praxis im Gesamtministerium und über seine Beziehungen zu den einzelnen Ressorts. Diese Darlegungen gipfeln in der Behauptung, daß man in ihre Angelegenheiten nicht hineinrede. R.-M. Tschopp beantragt, den früheren Innenminister Viebmann darüber zu hören, daß das Gesamtministerium einerseits nur die großen politischen Fragen und andererseits die alle Ressorts gemeinsam berührenden Fragen erörtere, daß dagegen in allen Ressort-Angelegenheiten die Ministerien völlig selbstständig handelten. Der Staatsanwalt will diese Tatsache als richtig unterstellen und beantragt seinerseits, den Ministerialdirektor Schulte zu laden, damit er darüber aussage. Inwiefern das Außenministerium in verschiedenen Fragen, so z. B. in der Frage der Ausweisungen, den einzelnen Ministerien Richtlinien gab. — Die nächste Sitzung findet am Sonntagabend, 9 Uhr, statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Weidling. Ortsgruppenleiter: Sonnabend, den 21. März, 9 1/2 Uhr, Sitzung an bekannter Stelle. Tagesordnung: Kasse. 2. Kreis Neukölln. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 3. Kreis Köpenick. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 4. Kreis Spandau. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 5. Kreis Charlottenburg. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 6. Kreis Prenzlauer Berg. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 7. Kreis Mitte. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 8. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 9. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 10. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 11. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 12. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 13. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 14. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 15. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 16. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 17. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 18. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 19. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 20. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 21. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 22. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 23. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 24. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 25. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 26. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 27. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 28. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 29. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 30. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 31. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 32. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 33. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 34. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 35. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 36. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 37. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 38. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 39. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 40. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 41. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 42. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 43. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 44. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 45. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 46. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 47. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 48. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 49. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 50. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 51. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 52. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 53. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 54. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 55. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 56. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 57. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 58. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 59. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 60. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 61. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 62. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 63. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 64. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 65. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 66. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 67. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 68. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 69. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 70. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 71. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 72. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 73. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 74. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 75. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 76. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 77. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 78. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 79. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 80. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 81. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 82. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 83. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 84. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 85. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 86. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 87. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 88. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 89. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 90. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 91. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 92. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 93. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 94. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 95. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 96. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 97. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 98. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 99. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 100. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 101. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 102. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 103. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 104. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 105. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 106. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 107. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 108. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 109. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 110. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 111. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 112. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 113. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 114. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 115. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 116. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 117. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 118. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 119. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 120. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 121. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 122. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 123. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 124. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 125. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 126. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 127. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 128. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 129. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 130. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 131. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 132. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 133. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 134. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 135. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 136. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 137. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 138. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 139. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 140. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 141. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 142. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 143. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 144. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 145. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 146. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 147. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 148. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 149. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 150. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 151. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 152. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 153. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 154. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 155. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 156. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 157. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 158. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 159. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 160. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 161. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 162. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 163. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 164. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 165. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 166. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 167. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 168. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 169. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 170. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 171. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 172. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 173. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 174. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 175. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 176. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 177. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 178. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 179. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 180. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 181. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 182. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 183. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 184. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 185. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 186. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 187. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 188. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 189. Kreis Nordwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 190. Kreis Südostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 191. Kreis Nordostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 192. Kreis Westend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 193. Kreis Ostend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 194. Kreis Südend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 195. Kreis Nordend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr, im Kaffeehaus. Tagesordnung: Kasse. 196. Kreis Südwestend. Ortsgruppenleiter: Sonntag, den 22. März, 10 Uhr

Eigene Schlächtereil und Wurstfabrik mit Kühl- anlagen :: Mittagstisch und Speisen à la carte zu zivilen Preisen

Gewerkschaftshaus

Engelauer 25 Oekonomie; M. Schröder Engelauer 25

Jeden Sonnabend Schlachtfest :: Täglich Künstlerkonzert :: Freitag, Sonnabend u. Sonntag Berliner Männerquartett bei freiem Eintritt

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
Uhr: Tristan und Isolde

Opernhaus
am Künigsplatz
Uhr: Die verkaufte Braut

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Nach dem Ende

Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell

Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Dantons Tod

Kammerspiele
8 Uhr: Der Gekränkte

Theater d. d. Königsplatz
8 Uhr: Wenn der weiße Hahn

Komödienhaus
7 30: Zwei um eine

Karl-Liebknecht-Theater
7 30 U: Das Weib im Purpur

Theater am Kollenderplatz
7 Uhr zum 1. Male
Die Parodie d. Cleopatra

Th. Administrationsplatz
7 30 U: Die Oberste
7 30 U: Die Oberste

Deutsch-Opernhaus
7 U: Faubus

Intimes Theater
N. Der Hinduplatz
Der Schrei usw.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Karneval der Liebe

Neues Theater d. Zoo
7 1/2 Uhr: Lilly Flohr in seine Tochter Otto

Neues Volkstheater
U: Die Kriechfüßler

Theater-Theater
7 1/2 Uhr: Frequentia

Neues Volkstheater
U: Die Kriechfüßler

Waller-Theater
U: Mad. Phraao

Lehrspielhaus
U: Der Liebesbrak

Komische Oper
U: Die große Revue der Kontinente

Die Welt ohne Schleier

SCALA

VARIÉTÉ

Kleines Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die Gegenkandidatin

Trifonon-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die nackte Tänzerin

Residenz-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die junge Welt

Deut. Künstler-Th.
Abend: 7 1/2 Uhr:
Senora

Walhalla
Theater
Weinbergsweg
15 Weltattraktionen

Varied-Spielplan
nachdem gestattet

Große Volksoper
im Theater des Westens
7 Uhr: Siegfried

Kammer-Oper
Lützow str. 112
Täglich wechselnder Spielplan

Neues Operetten-Th.
Täglich 7 1/2 Uhr
Die Guido Thierscher

Verlagte Nacht

Non renoviert

Ettablissement Café Zielka

Friedrichstr. 66

Dr. Konradt

Central-Theater
Direktion: Karl Heinz Wolff
Alte Jakobstr. 30-32 (alte Spielstätte)

Der dumme August
Musik von Rod. Gläler

Apollo-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
Die Abenteurerin

Rose-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
Die Abenteurerin

Casino-Theater
Lehringer Str. 37
Täglich 7 1/2 Uhr
Die Abenteurerin

Stettiner Sänger

Ödnhoff-Breitl

500 holländische Blumenzwiebeln

15 Mark

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Musikinstrumente

Extra-Preise

Nur 8 Tage 21.-28. März

Herren-Anzüge 2900 Frühjahrs-Ulster 9900

Herren-Anzüge 5900 Sport-Anzüge 9500

Maß-Anzüge 11000 Manchester-Anz. 9900

Elne Serie reinwoll. Mäntel früher bis 100⁰⁰ jetzt: 45⁰⁰

Gummi-Mäntel 16⁹⁰ | Berufs-Kleidung | Gestreifte Hosen 4⁹⁰

45, 55, 75, 100, 120, 150, 180, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.